E&W
Erziehung & Wissenschaft
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW 07-08/2023

REFORM DER
LEHRKRÄFTEAUSBILDUNG

STARTSCHWIERIGKEITEN

Das Startchancen-Programm, das armen Kindern und Jugendlichen helfen soll, droht zu scheitern. **Seite 22**

ZWIESPÄLTIG

Gemeinnützige Stiftungen wirken in der Bildung nicht immer zum Vorteil des Gemeinwesens. **Seite 30**

FORTSCHRITT

In Malawi arbeitet die GEW-Stiftung fair childhood erfolgreich gegen Kinderarbeit. **Seite 40**

+1,5°

Die Grad-Wanderung unseres Klimas

Wenn sich unser Klima um mehr als 1,5 Grad erwärmt, droht uns eine Kettenreaktion von Katastrophen. Die Folgen der globalen Erwärmung, wie z. B. Überschwemmungen, Wirbelstürme und Krankheiten, sind schon jetzt kaum unter Kontrolle zu bringen. Um knapp 1 Grad ist die Durchschnittstemperatur bereits gestiegen. **Höchste Zeit zu handeln!**

www.bund.net/klimaschutz

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
Kaiserin-Augusta-Allee 5 · 10553 Berlin
info@bund.net · www.bund.net

INHALT

Impressum 3
Auf einen Blick 4
Prämie des Monats 5

Schwerpunkt

Lehrkräfteausbildung

Porträt: „Lehrer ist so ein schöner Beruf, aber …“ 6
Interview: „Entscheidend ist das Lernen im Beruf“ 10
Reform der Ausbildung: Es ist kompliziert 14
GEW-Vorschläge: Eine Dauerbaustelle 17
Stufenlehramt: Trennung überwinden 18
Berufsschulen: Regelweg statt Provisorien 20

Bildungspolitik

Startchancen-Programm: Euphorie ist verflogen 22

Dialog

Zeitschrift für Seniorinnen und Senioren
Hinterlassen: Die Spuren unseres Lebens 26

Hintergrund

Stiftungen im Bildungswesen

Report: Undemokratische Lückenfüller 30
Interview: Eigen- vor Gemeinnutz? 33

Schule

„Bildungswende JETZT!“: Startschuss in Berlin 35

Hochschule und Forschung

Reform des WissZeitVG: Nur kleine Verbesserungen 36
GEW-Kommentar: Reform mit Pferdefuß 37

Gesellschaftspolitik

Bundesdisziplinargesetz: Fragwürdige Methode 38

fair childhood

Projekt in Malawi: Erfolg gegen Kinderarbeit 40

Mitgliederforum 42

GEW intern

Erfolg für Petition gegen Lehrkräftemangel 47

Diesmal 48

Impressum
Erziehung und Wissenschaft · 75. Jg.
ehemals: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung

Herausgeberin
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Vorsitzende: Maike Finnern

Redaktion
Ulf Rödde (Leitung), Jürgen Amendt, Katja Wenzel
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0, Fax 069 78973-202

Gestaltung
Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt am Main
www.zplusz.de, Titelfoto: IMAGO/Ikon Images

Verlag mit Anzeigenabteilung
Stamm Verlag GmbH, Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0, E-Mail: anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
Anzeigenschluss: am 5. des Vormonats

ISSN 0342-0671

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers bzw. der Verfasserin gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG unter www.presse-monitor.de.

Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Brutto-Bezugspreis p.a. 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr.

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

E&W im Web: **www.gew.de/ew**

MEHRARBEIT FÜR LEHRKRÄFTE IN SACHSEN-ANHALT

Als Reaktion auf den drastischen Lehrkräftemangel folgt Sachsen-Anhalt jetzt den Negativbeispielen anderer Bundesländer: Mit einer „Vorgriffsstunde“ wurden alle Kolleginnen und Kollegen bis 62 Jahre und mit unbefristeten Verträgen dazu verpflichtet, in den kommenden fünf Jahren eine Stunde pro Woche mehr zu unterrichten. Die Regelung trat im April in Kraft. Zusätzlich erteilte Stunden würden vergütet oder einem Arbeitszeitkonto gutgeschrieben, hieß es.
Die GEW protestierte gegen die plötzliche und unabgesprochene Arbeitszeiterhöhung. Zu Großdemonstrationen in Magdeburg und Halle kamen mehrere tausend Menschen, inzwischen haben erste Lehrkräfte mit GEW-Unterstützung Musterklagen eingereicht. „Wir werden gerichtlich prüfen lassen, ob der Rechtsrahmen überschritten wurde“, sagte die GEW-Landesvorsitzende Eva Gerth.
Beitrag zum Thema: **gew.de/ew-7-8-23**

JA13-KAMPAGNE WIRKT

Im August 2026 sollen alle Lehrerinnen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen mit A13 in den Beruf starten. Der Düsseldorfer Landtag hat dazu Ende Mai die Anpassung der Lehrkräftebesoldung verabschiedet: Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen und der Sekundarstufe I sollen demnach in fünf Schritten bis zum Jahr 2026 in die Besoldungsgruppe A13 überführt werden.
Erfolge für die GEW gab es auch in Sachsen-Anhalt und Bayern. Sachsen-Anhalt beschloss Ende April die stufenweise Angleichung an A13 für beamtete und E13 für angestellte Grundschullehrkräfte; Bayern kündigte an, die Gehälter für Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für Grund- und Mittelschulen sukzessive anzuheben.

GEW SACHSEN MIT NEUER SPITZE

Die sächsische GEW hat einen neuen Landesvorstand. Die Delegierten des 10. Ordentlichen Gewerkschaftstages des Landesverbandes wählten Mitte Juni in Leipzig Burkhard Naumann zum neuen Vorsitzenden. Er löst Uschi Kruse ab, die den Landesverband zehn Jahre lang führte und nicht mehr zur Wiederwahl angetreten war. Naumann (Jahrgang 1987) ist seit 2010 ehrenamtlich in der GEW Sachsen aktiv und arbeitete seit fünf Jahren als Referent für Tarif- und Beamtenpolitik. Zudem war er Bündnissprecher beim Volksantrag zur Einführung der Gemeinschaftsschule in Sachsen.

Neue GEW-Geschäftsführerin

Foto: Peter Kiefer

STEFANIE BRICH

Seit dem 1. April 2023 bin ich Geschäftsführerin beim GEW-Hauptvorstand und für Euch alle ein bisher unbekanntes Gesicht. Ich habe verschiedene Stationen in der Verlagswelt und in der Bildung durchlaufen: Fach- und Lehrbücher betreut, digitale Lernmedien mitentwickelt, Projekt- und Finanzmanagement gelernt, Interessen vertreten – sowohl in der Buchbranche als auch in der Bildung, Gremienarbeit sowie die Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen gesteuert und die Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz strategisch mitbegleitet. Dort waren die Alphabetisierung und die politische Bildung meine Herzensthemen. Zudem gibt es ziemlich viele persönliche Anknüpfungspunkte an die Arbeit in Schule, Kita und Wissenschaft.
Wie ich die ersten Wochen erlebt habe: Die Arbeit im GEW-Hauptvorstand ist vielfältig, turbulent, wertschätzend und diskussionsstark. Ich beobachte aber eine (kämpferische) Leidenschaft für eine stabile, finanziell gut ausgestattete Bildungskette. Und das nehme ich wirklich bei allen wahr, die ich in den vergangenen Wochen gesprochen habe. Genauso beeindruckt mich die hohe Identifikation aller mit der GEW-Familie, die bedeutende Spuren hinterlässt. Danke für die freundliche Aufnahme!

Stefanie Brich, GEW-Geschäftsführerin

PRÄMIE DES MONATS

Juli/August: Weinset Lebenshilfe

Drei Bio-Weine aus dem Weinbau der Lebenshilfe.
Sozial, ökologisch und qualitätsbewusst. Eine gute Wahl.

Mitmachen lohnt sich!

Ein neues GEW-Mitglied werben und Deine tolle Prämie gleich online anfordern:

www.gew.de/praemie

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordere den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211 oder per Coupon:

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon in Druckschrift vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats Juli/August 2023/Weinset Lebenshilfe

„LEHRER IST SO EIN SCHÖNER BERUF, **ABER** …“

KATHRIN HEDTKE
freie Journalistin

Bundesweit sind Tausende Lehrkraftstellen nicht besetzt. Die Gründe dafür sind vielfältig, einer davon ist die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer. So haben es die Bundesländer in den vergangenen Jahren versäumt, die Zahl der Studienplätze ausreichend zu erhöhen. Die Folge: In vielen Ländern ist der Numerus clausus so hoch, dass zahlreiche interessierte Bewerberinnen und Bewerber keinen Studienplatz bekommen; gleichzeitig sind die Anforderungen an den Beruf gewachsen und komplexer geworden. Eine Referendarin, ein Junglehrer und ein Student berichten.

„Da prallen zwei Systeme aufeinander“

Katharina Grabowski, Referendarin

Für ihren Vorbereitungsdienst hat sich Katharina Grabowski bewusst eine Schule ausgesucht, die neue Wege geht: Die Schülerinnen und Schüler lernen zusammen, jahrgangsübergreifend, mit und ohne Behinderungen. Auf Noten wird verzichtet, eigenständiges Lernen gefördert. „Die Schule probiert neue Lernformen aus“, sagt die Förderschullehrerin in spe, „richtig toll!“ Dafür wurde die Integrierte Gesamtschule Süd in Frankfurt am Main mit dem Hessischen Inklusionspreis ausgezeichnet. Doch in ihrer Ausbildung erlebt die 30-Jährige, dass sich die starren Strukturen des Studienseminars schwer mit einer neuen Lernkultur in Einklang bringen lassen: „Da prallen zwei Systeme aufeinander.“

Beispiel: Grabowski unterrichtet Deutsch und Kunst in Blöcken, mehrere Wochen am Stück, im Projektunterricht und im Fachbüro. Doch die Unterrichtsbesuche sind nur für Einzelstunden vorgesehen. „Da gibt es wenig Flexibilität“, bedauert sie. Das gilt auch für die Beratung. Für Grabowski steht fest, dass sie als Förderschullehrerin an einer Regelschule arbeiten möchte. „Mein Kerngeschäft wird

ANDERS LERNEN? INDIVIDUELL FÖRDERN? ALS FÖRDERSCHULLEHRKRAFT IM VORBEREITUNGSDIENST ERLEBT KATHARINA GRABOWSKI, 30, AUS FRANKFURT AM MAIN, WIE STARR DIE STRUKTUREN IM STUDIENSEMINAR NOCH IMMER SIND.

Foto: Christoph Boeckheler

Mathe und Deutsch sein.“ Deshalb stellt sich für sie vor allem die Frage: Wie differenziert sie in den Fächern am besten? Worauf kommt es bei der Diagnostik an? „Dafür würde ich mir eine gute Ausbildung wünschen.“ Doch leider sei strikt geregelt, welche Beratung ihr zusteht. So dürfe sie ihre Förderschulausbilderinnen und -ausbilder nie in ihren Deutsch-Unterricht einladen. „Das ist schade.“ Hinzu kommt der Termindruck. Im ersten Hauptsemester sei ihr Unterricht im Zwei-Wochen-Takt bewertet worden. „Man hat gar nicht die Möglichkeit, in der Schule anzukommen, sondern plant nur von Unterrichtsbesuch zu Unterrichtsbesuch.“ Um etwas an den Bedingungen für die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst – kurz LiV – zu verbessern, hat sich Grabowski als Delegierte in den Seminarrat wählen lassen. „Doch die Partizipation ist ein Witz.“ Seit Generationen beschäftigten sich die Nachwuchslehrkräfte immer wieder mit den gleichen Themen. Doch ohne Erfolg. „Alle fangen immer wieder bei null an.“ So fragten sie sich beispielsweise stets aufs Neue, warum sie nicht weiterhin die Unibibliothek nutzen dürften. „Doch das versandet einfach.“ Gleichwohl ist die 30-Jährige mit ihrer Ausbildung sehr zufrieden. Sie schätzt, dass die Seminare im zweiten Hauptsemester viel Raum ließen, an eigenen Fragestellungen zu arbeiten. Und vor allem fühlt sie sich an ihrer Schule gut aufgehoben: Alle nähmen sich viel Zeit für sie. Die Teamstrukturen förderten einen engen Austausch, zudem unterrichte sie häufig in Doppelbesetzung. „Ich nehme total viel mit“, sagt Grabowski.

„Will ich nicht noch mal durchmachen“

David Redelberger, Junglehrer

Zum Glück war David Redelberger noch nicht lange mit dem Studium fertig, als er sich kurzerhand für den Quereinstieg in den Lehrerberuf entschied: Der 34-Jährige lebte damals noch in einer WG in Kassel, genauso wie zu Studentenzeiten. „So kam ich mit dem Geld im Vorbereitungsdienst einigermaßen über die Runden“, berichtet er. Brutto verdiente er in den drei Jahren etwa 1.500 Euro pro Monat. Eine Familie lässt sich davon nicht ernähren. „Das kann eine Hürde sein“, meint der Gewerkschafter. Nicht nur für den Quereinstieg. Der niedrige Verdienst während des Vorbereitungsdiensts bringe alle Nachwuchslehrkräfte mit Kindern in Schwierigkeiten.

>>>

ALS QUEREINSTEIGER MUSSTE ER VIEL STOFF NACHARBEITEN: DAVID REDELBERGER, 34, HAT DIE ZEIT ALS LEHRER IM VORBEREITUNGSDIENST ALS SEHR STRESSIG ERLEBT. DOCH ES HAT SICH GELOHNT.

>>> Doch Redelberger beruhigte vor allem die Aussicht auf eine sichere Stelle. Nach seinem Masterstudium der Nanostrukturwissenschaften arbeitete er zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität. Dort zu bleiben, war für ihn keine Option. „Die Stellen sind fast alle befristet“, sagt er. „Deshalb gibt es nicht viel Perspektive.“ Aber bei der Arbeit merkte er, dass ihm das Unterrichten viel Spaß macht. Der Wechsel in den Schuldienst lag nahe. „Ich bin ein Lehrerkind“, berichtet Redelberger. „Deshalb habe ich schon öfter in diese Richtung überlegt.“

Mit dem Studium von zwei Mangelfächern – Physik und Chemie – fiel der Einstieg ins Haupt- und Realschullehramt leicht. Bei einer sechsstündigen Eignungsprüfung musste der Nachwuchslehrer beweisen, dass er etwas mit Pädagogik und Didaktik anfangen kann. Das Wissen eignete er sich selbst an. „Während des Vorbereitungsdiensts musste ich als Quereinsteiger viel nacharbeiten, on top“, berichtet der 34-Jährige. „Das war eine sehr stressige Zeit, die ich nicht noch mal durchmachen will.“ Für den Einstieg hätte er sich Angebote zur Unterstützung gewünscht. Die Option einer berufsbegleitenden Ausbildung, direkt im Schuldienst, ohne Referendariat kam für ihn nicht infrage. „Ich wollte genauso das zweite Staatsexamen abliefern wie alle anderen auch.“ Redelberger fürchtete, sonst später im Kollegium nicht als vollwertiger Lehrer anerkannt zu werden.

Bei seinem Vorbereitungsdienst an einer Integrierten Gesamtschule in Vellmar fühlte sich der Nachwuchslehrer teilweise ins kalte Wasser geworfen. Zum Glück hätten ihm ein sehr guter Mentor und eine sehr gute Mentorin zur Seite gestanden. „Mit ihnen habe ich viel zusammengesessen und diskutiert“, sagt Redelberger. „Ich war dankbar für ihre Unterstützung.“ Mit seiner Entscheidung ist er glücklich. Heute unterrichtet er an einer integrierten Gesamtschule in Baunatal. „Lehrer ist so ein schöner Beruf: Es macht Freude, Menschen auf ihrem Weg ins Leben zu begleiten.“

„Wie soll das gehen?“

Tobias Hoffmann, Student

Eigentlich wollte Tobias Hoffmann gar kein Lehrer werden. „Das war überhaupt nicht mein Berufswunsch“, betont der 25-Jährige aus Gießen. Er wollte Kommunikationsdesign studieren. Doch nach einem Auslandsjahr

MEHR PRAXIS, NEUE INHALTE: TOBIAS HOFFMANN, 25, STUDIERT LEHRAMT FÜR FÖRDERPÄDAGOGIK IN GIESSEN – UND FRAGT SICH, WIE DIE VIELEN NEUEN ANFORDERUNGEN IN DER REGELSTUDIENZEIT ZU SCHAFFEN SEIN SOLLEN.

Fotos: Christoph Boeckheler

in Neuseeland verpasste Hoffmann knapp den Zeitpunkt zur Anmeldung zum Eignungstest – und musste ein Jahr warten. Um die Zeit sinnvoll zu überbrücken, machte er ein Freiwilliges Soziales Jahr und unterstützte als Teilhabeassistenz einen Erstklässler mit Autismus in einer Förderschule. „Das hat mir sehr viel Spaß gemacht“, sagt der Student. Ihn beeindruckte vor allem der individuelle Fokus auf jedes einzelne Kind. „Darin steckt so eine große Chance für alle Schulen“, findet er. „Wenn wir jedes Kind nach seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten fördern, können wir viel bewegen.“ Schnell wurde ihm klar, dass das Lehramt für Förderpädagogik genau das Richtige für ihn ist. Das Beispiel zeigt, wie wichtig der Bezug zur Praxis ist. Auch im Studium.

Während der Semester, vollgepackt mit Theorie, kämen immer mal wieder Zweifel auf: „Warum mache ich das eigentlich?“ Der direkte Kontakt mit Kindern und Jugendlichen sei sehr wertvoll. Im vergangenen Semester war der Student zum Beispiel mit einem Mathe-Seminar sechs Wochen lang in einer Klasse dabei. „Da habe ich sofort wieder gemerkt, warum ich Lehramt studiere.“ Deshalb findet Hoffmann auch richtig gut, dass Hessen ein Praxissemester für alle Lehramtsstudierenden eingeführt hat. „Das ist eine coole Sache.“ Das Problem sei allerdings, dass das Praxissemester einfach in die normale Studienzeit „reingestopft“ werde. Die Regelstudienzeit wurde dafür nicht verlängert. Der Student fragt: „Wie soll das gehen?“

Das gilt auch für die Inhalte: Damit Lehrkräfte besser auf die vielen neuen Herausforderungen vorbereitet werden, erhalten Querschnittsthemen wie Integration, Medienbildung, Inklusion, Ganztagsschule und Berufsorientierung im Studium mehr Gewicht. „Das ist super wichtig“, findet Hoffmann. Im Kontakt mit anderen Lehramtsstudierenden oder Lehrkräften sei er häufig erschrocken, wie wenig diese etwa über Inklusion wüssten. „Da gibt es noch viele blinde Flecken.“ Doch wieder stellt sich für ihn die Frage, wie das zu schaffen sein soll in der Regelstudienzeit von neun Semestern, inklusive Praxis- und Prüfungssemester. Wer länger studiert, erhält kein BAföG mehr. Hoffmann ist im zehnten Semester. Gebummelt habe er nicht, betont der Student. Etwa 30 bis 40 Stunden pro Woche nehme das Studium in Anspruch, außerdem arbeitet er als studentische Hilfskraft und ist in der GEW aktiv. Da bleibe kaum Zeit, um Themen zu vertiefen. „Das ist schade.“

„ENTSCHEIDEND IST DAS LERNEN IM BERUF“

INTERVIEW: JEANNETTE GODDAR
freie Journalistin

Was muss sich in der Lehrerfortbildung ändern? Fragen an den Erziehungswissenschaftler Prof. Ewald Terhart, einen der führenden Lehrkräftebildungsexperten. Schon 1998/99 leitete er eine Kommission zur „Gestaltung einer zukunftsorientierten Lehrerausbildung“, die die Kultusministerkonferenz (KMK) eingesetzt hatte.

E&W: Spätestens seit der Bologna-Reform* ist die Lehrkräftebildung eine Reformbaustelle. Generell gefragt: Stimmt die Richtung?

Prof. Ewald Terhart: Insgesamt sind die Lehramtsstudiengänge stärker und vor allem zielbezogener strukturiert worden. Dazu gehört auch, dass die bildungs- und erziehungswissenschaftlichen Anteile teilweise ausgebaut wurden und Elemente von Inklusion bis Digitalisierung stärker berücksichtigt werden.

E&W: Gilt das auch für den Umgang mit einer zunehmend heterogenen Schülerschaft?

Terhart: Ja, das Themenfeld Diversität – Heterogenität – Multikulturalität ist deutlich stärker vertreten, auch in den Pflichtbereichen. Allerdings gilt all das eher für die bildungswissenschaftlichen und fachdidaktischen Anteile, die selten mehr als ein Drittel des Studiums ausmachen – oft weit weniger.

E&W: Ist das zu wenig?

Terhart: Es ist immer zu wenig. Doch ein Umschichten an den Hochschulen ist extrem umstritten, die fachlichen Studienanteile müssen selbstverständlich auch angemessen sein. Andererseits lassen sich konkrete Kompetenzen im Umgang mit wachsender Heterogenität im Studium auch nur begrenzt erwerben. Aus meiner Sicht wäre viel gewonnen, wenn die Universitäten und die Studienseminare stärker zusammenarbeiteten, sodass es über die erste und zweite Phase hinweg zu einer kohärenten berufsbiografischen Erfahrung kommt. Allerdings: Um in den Schulen, in den Klassenzimmern Veränderungen auszulösen, auch was das Thema Heterogenität angeht, muss mit den bereits im Schuldienst aktiven Lehrkräften gearbeitet werden.

E&W: Das heißt, es braucht mehr Fortbildung?

Terhart: Unbedingt. Das Lernen im Beruf ist der entscheidende Schlüssel für die Stabilisierung, Verbesserung und Aktualisierung der beruflichen Fähigkeiten. Außerdem erreicht nur kontinuierliche Fortbildung das schulische Personal direkt. In Zeiten eines raschen gesellschaftlichen Wandels ist sie wichtiger als je zuvor.

E&W: Was sollte geschehen?

Terhart: Im Grunde müsste man die Gewichte und auch die Zeiten anders verteilen: Die Erstausbildung ist – auch im internationalen Vergleich – aufwändig, stark staatlich geregelt und sehr lang. In die Fortbildung hingegen wird – auch im Vergleich zu anderen Berufen – kaum investiert, nur zwei Bundesländer legen ein Pflicht-Stundenkontingent fest. Die Teilnahmebereitschaft könnte ausgeprägter, das Angebot besser sein; auch wenn in den zurückliegenden Jahren einiges geschehen ist. Nicht so optimistisch stimmt, dass im Koalitionsvertrag der Bundesregierung zwar von einer von Bund und Ländern zu gründenden „Koordinierungsstelle Lehrkräftefortbildung“ die Rede ist – man aber weiter nichts davon gehört hat. Ich bin gespannt, was die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) der KMK in ihrem für den Herbst erwarteten Gutachten zur Reform der Lehrkräftebildung sagen wird.

Foto: privat

> *In Zeiten eines raschen gesellschaftlichen Wandels ist die Fortbildung für Lehrkräfte wichtiger als je zuvor.*
>
> PROF. EWALD TERHART

E&W: Lehrkräfte berichten oft, ihnen werde geraten, sich in ihrer Freizeit fortzubilden.

Terhart: Fortbildung ist Beruf, sie muss in der Arbeitszeit stattfinden! Das bedeutet, dass es Stundendeputate brauchte, die eine berufsbegleitende Weiterbildung möglich machen – was in Zeiten des Lehrkräftemangels eine umso größere Herausforderung ist. Generell gilt: >>>

>>> Seit der Corona-Pandemie, dem Hinzukommen geflüchteter ukrainischer Schülerinnen und Schüler und in Zeiten eines so großen Lehrkräftemangels ist das Klima für Innovationen in Richtung Schul- und Unterrichtsentwicklung sowie Lehrkräftefortbildung äußerst ungünstig! Das kann man von Schul- wie Lehrkräfteseite durchaus nachvollziehen. Doch es trifft sich sehr unglücklich mit einer Zeit, in der viel geschieht.

> *Insgesamt muss man sich den Quereinstieg ins Lehramt zunehmend als Teil der Normalität vorstellen. Was es allerdings braucht, sind gute Modelle der Professionalisierung.*
>
> PROF. EWALD TERHART

E&W: Reagiert die Lehrkräftebildung angemessen auf die steigende Zahl der Quer- und Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger?

Terhart: In anderen Ländern sind sogenannte non standard teachers ganz normal, auch in Deutschland hat man etwa in beruflichen Schulen schon immer auf Quereinsteigende gesetzt. Auch müssen diese nicht schlechter sein. Laut einer aktuellen Studie erkennen Schülerinnen und Schüler im Unterricht keinen Qualitätsunterschied zwischen regulär und quer Eingestiegenen. Insgesamt muss man sich den Quereinstieg ins Lehramt also zunehmend als Teil der Normalität vorstellen. Was es allerdings braucht, sind gute Modelle der Professionalisierung.

E&W: Berufsbegleitend, während sie schon unterrichten?

Terhart: Ja. Einerseits ist es unverantwortlich, Menschen unbegleitet und unvorbereitet in den Unterricht zu schicken, andererseits haben wir für eine gründliche Erstausbildung in der derzeitigen Lage schlicht nicht die Zeit. Es braucht sinnvolle Qualifizierungsmodelle neben dem Beruf – und dies von Institutionen, die das als ihre Aufgabe begreifen.

E&W: Was meinen Sie damit?

Terhart: Zurzeit lässt sich hierbei ein der Sache nicht dienlicher Trend beobachten, nach dem Motto „Das fassen wir nicht an, das ist Deprofessionalisierung". Das mag systematisch gesehen so sein – aber wem nutzt es, an einem Niveau festzuhalten, wenn die Bude brennt? Da kann man nicht sagen: „Mach bitte erst einmal zehn Scheine in zwei Fächern, dann sprechen wir uns wieder."

E&W: Wer soll es machen?

Terhart: Im Grunde sind auch hier wieder die Studienseminare gefragt – aus dem einfachen Grund, dass Reformen an Universitäten schlicht zu lange dauern.

E&W: Die Bildungsbenachteiligung der Kinder aus finanziell schwachen, oft zugewanderten Gruppen ist seit Jahrzehnten eines der größten Probleme in Deutschland. Es gibt Hinweise, dass Lehrkräfte diese bei Bewertungen wie Schulempfehlungen eher verfestigen als beheben.

Terhart: Die fast schon sprichwörtliche Fragwürdigkeit der Zensurengebung ist in dem Faktoren-Bündel für Bildungsungerechtigkeit nur ein Element – indes eines, das auch aktuelle Studien belegen. Vorstellungen über Leistung kommen hier ebenso zum Tragen wie über die Entwicklungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler. Auch Voreinstellungen gegenüber „fremden" Milieus bestehen weiterhin. Ich sage das nicht moralisierend – menschliches Urteilen unterliegt Fehlern und möglichen Einseitigkeiten. Umso wichtiger ist, dass Lehrkräfte in der Ausbildung sowie im Rahmen von Fortbildungen, Schulentwicklung und kollegialer Kommunikation eine Sensibilität für still mitlaufende Urteilstendenzen entwickeln. Ein ideales „reines" Lehrerurteil gibt es nicht – doch dass das so ist, sollte vermittelt werden. ■

*Als Bologna-Prozess wird eine auf die europaweite Vereinheitlichung von Studiengängen und -abschlüssen sowie auf die internationale Mobilität der Studierenden zielende transnationale Hochschulreform bezeichnet, die einen einheitlichen Europäischen Hochschulraum schaffen will. Der Begriff geht auf eine 1999 von 29 europäischen Bildungsministerinnen und -ministern im italienischen Bologna unterzeichnete politisch-programmatische Erklärung zurück.

premium-bahnagentur
die bahnfüchse

Seit 18 Jahren!

GÜNSTIGE GRUPPENREISEN MIT DER BAHN

Drei reale Beispiele aus unserer täglichen Arbeit:

Klassenfahrt Inland

- Frankfurt a. M. - Stralsund
- Angebot aus Januar 2022 für Mitte Mai 2022
- einfache Fahrt
- 16 Personen ab 15 Jahre
- 40 Personen bis einschließlich 14 Jahre

Bei uns nur
20,56 € p. Person
Insgesamt sparen Sie
856,- €*

Klassenfahrt Ausland

- Köln nach Straßburg (F)
- Angebot aus Januar 2022 für Fahrt Montag auf Freitag im Mai 2022
- Schnellfahrstrecke via FFM
- Hin- und Rückfahrt
- 4 Personen ab 15 Jahre
- 20 Personen bis einschließlich 14 Jahre

Bei uns nur
41,70 € p. Person
Insgesamt sparen Sie
507,20 €*

Klassenfahrt Ausland

- Berlin - Innsbruck (A)
- Angebot aus Januar 2022 für Juni 2022
- Hin- und Rückfahrt
- 14 Personen ab 15 Jahre, davon 4 Begleitpersonen
- 16 Personen bis einschließlich 14 Jahre

Bei uns nur
50,97 € p. Person
Insgesamt sparen Sie
1.047,- €*

Diese Preise gelten auch für jeden anderen Zielbahnhof in Tirol.

Ihre Klasse kommt auch günstiger ans Ziel!

Diese großen Ersparnisse können wir in zwei von drei Anfragen erzielen - von und bis zu jedem Bahnhof in Deutschland sowie den angrenzenden Nachbarländern.

Nutzen Sie unsere langjährige Expertise für Ihre klimafreundliche Klassenfahrt dank unserer Hand- und Kopfarbeit im Tarifdschungel. Sie ist nicht durch Computeralgorithmen zu ersetzen.

Fragen auch Sie gerne bei uns kostenfrei und unverbindlich an!

* Ersparnis gegenüber eigener Buchung woanders.

die bahnfüchse GmbH · Mahlsdorfer Straße 1 · 12555 Berlin · klassenfahrt@bahnfuechse.de

www.bahngruppen.reisen

ES IST KOMPLIZIERT

NADINE EMMERICH
freie Journalistin

Die Lehrkräfteausbildung hinkt inhaltlich gesellschaftlichen Veränderungen hinterher. Auch angesichts des Fachkräftemangels sind Reformen dringend notwendig.

Inklusion, Integration Geflüchteter, Ganztagsbeschulung, Digitalisierung und Medienbildung – die Stichwortliste ist lang: Jedes Jahr werden die Herausforderungen an Schulen größer, während zugleich Zehntausende Lehrkräfte fehlen. Das macht die von vielen Seiten erhobene und mehrheitlich konsensfähige Forderung, die zweiphasige Ausbildung zu reformieren, immer dringlicher. Zum einen muss diese inhaltlich an veränderte Bedingungen angepasst werden, zum anderen müssen mehr Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet werden.
Lehrkräftemangel und Lehrkräftebildung hängen unmittelbar zusammen: „Die Bundesländer haben es versäumt, die Zahl der Studienplätze ausreichend zu erhöhen. Zugleich ist der Numerus clausus (NC) in einigen Ländern so hoch, dass viele Interessierte keinen Studienplatz bekommen“, sagt GEW-Vorstandsmitglied und Schulexpertin Anja Bensinger-Stolze.
„Das Studium selbst ist nicht ausreichend an gesellschaftlichen Anforderungen orientiert“, ergänzt Maik Walm vom Institut für Schulpädagogik und Bildungsforschung der Universität Rostock. Der frühere GEW-Co-Vorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern und die Erziehungswissenschaftlerin Prof. Doris Wittek von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg arbeiten und forschen seit langem gemeinsam zur Lehramtsausbildung. Eine aktualisierte Fassung ihrer von der Max-Traeger-Stiftung geförderten Studie „Lehrer_innenbildung in Deutschland“ (2014) erscheint im Herbst.
Schon seit Jahren wird über Veränderungen der Ausbildung diskutiert – die in den Bundesländern unterschiedlich lang ist, zahlreiche Studiengänge und Abschlüsse umfasst und zig Fächerkombinationen zulässt. Seit 2015 fördern Bund und Länder Reformen daher mit der millionenschweren „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“. Doch es ist kompliziert. Jedes Land regelt den Weg zum Lehrberuf selbst, meist sind zwei Ministerien zuständig, da es um Schulen und Hochschulen geht. Und auch letztere reden mit. Walm weiß: „Einzelinteressen der Länder behindern die Qualitätsentwicklung.“ Trotz grundsätzlichen Konsenses sei vieles strittig, erklärt Bensinger-Stolze.

> *„Einzelinteressen der Länder behindern die Qualitätsentwicklung.“*
>
> MAIK WALM,
> INSTITUT FÜR SCHULPÄDAGOGIK UND BILDUNGSFORSCHUNG, UNI ROSTOCK

Ein Beispiel: Während die GEW im Kontext einer „Schule für alle“ die Ausbildung für verschiedene Lehramtstypen stärker zusammenfassen und nicht mehr an Schulformen, sondern Klassenstufen orientieren will, halten einige Länder und Verbände etwa an der gymnasialen Lehramtsausbildung fest.
Reformvorschläge gibt es viele. Während ihres Gewerkschaftstages 2017 in Freiburg im Breisgau verabschiedete die GEW 13 Seiten umfassende Leitlinien. Weitere

DURCH DEN FACHKRÄFTEMANGEL RÜCKT DIE FORDERUNG NACH GRUNDLEGENDEN VERÄNDERUNGEN IN DER LEHRKRÄFTEAUSBILDUNG IN DEN FOKUS.

Foto: alamy/zplusz

Forderungen formuliert die Gewerkschaft in ihrem „15-Punkte-Programm gegen den Lehrkräftemangel“, von der Steigerung der Attraktivität des Lehrberufes über eine bessere Begleitung der Studierenden bis zur Stärkung des Vorbereitungsdienstes (s. Seite 17).

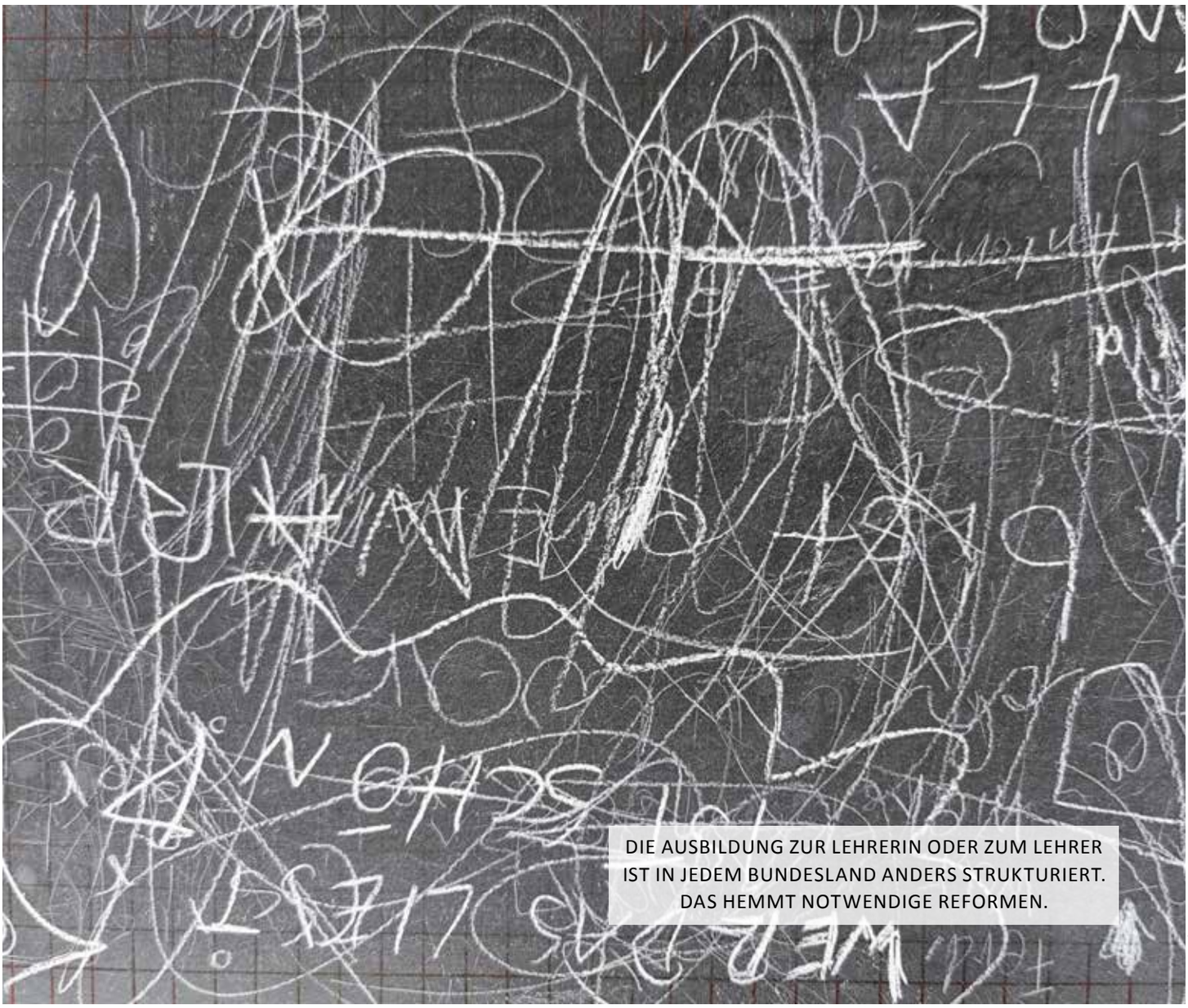
Die Standardklage, das Studium sei zu praxisfern und bereite zu wenig auf den Beruf vor, weist Walm indes zurück. „Das ist ein Missverständnis, das Studium dient der wissenschaftlichen Grundlegung.“ In der ersten Phase würden theoretisches Wissen vermittelt und Praxiserfahrungen reflektiert. Erst im Vorbereitungsdienst, der zweiten Phase, gehe es hauptsächlich darum, wissenschaftsbasiertes Unterrichten praktisch zu entwickeln. „Man kann aber hinterfragen, ob alle Fachinhalte ins Studium gedrückt werden müssen.“

Auch der Rostocker Erziehungswissenschaftler fordert jedoch, Studierende kontinuierlich und qualifizierter in ihren Praxisphasen zu begleiten. „Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen die Gelegenheit und Bereitschaft haben, die Erfahrungen der Studierenden mit diesen ausführlich zu reflektieren. Davon sind wir meilenweit entfernt.“

Zwar wurden in den vergangenen Jahren die Schools of Education eingeführt. Die meist an den Universitäten angesiedelten Einrichtungen sollen die Zusammenarbeit mit Schulen sowie die Betreuung der Studiengänge verbessern. Allerdings gilt auch hier: Umsetzung und Organisation variieren von Land zu Land.

Debatte um Ein-Fach-Lehrkräfte

Unterdessen rückt mit dem Fachkräftemangel der Vorstoß zur Abkehr von der Zwei-Fach-Lehrkraft wieder in den Fokus. Deutschland ist mit diesem Modell international eine Ausnahme, in vielen Ländern werden Sekundarlehrkräfte nur für ein Fach ausgebildet. >>>



DIE AUSBILDUNG ZUR LEHRERIN ODER ZUM LEHRER IST IN JEDEM BUNDESLAND ANDERS STRUKTURIERT. DAS HEMMT NOTWENDIGE REFORMEN.

Foto: IMAGO/H. Tschanz-Hofmann

>>> Die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz (KMK) empfahl im Januar dieses Jahres angesichts der immer zahlreicheren Quer- und Seiteneinsteigenden, den verstärkten Einsatz von Ein-Fach-Lehrkräften zu prüfen.

Kritikerinnen und Kritiker geben indes zu bedenken: Da Schulen bisher auf Lehrkräfte mit zwei Fächern ausgerichtet seien, könne dies organisatorisch kompliziert werden. Zudem stellten sich tarifliche Fragen der Gleichbehandlung: Bundesländer könnten Ein-Fach-Lehrkräfte möglicherweise schlechter bezahlen. Einen GEW-Beschluss zu dem Thema gibt es noch nicht. Bensinger-Stolze lehnt Quer- und Seiteneinsteigende mit nur einem Fach nicht ab, plädiert aber für die Möglichkeit, sich mit einem zweiten Fach weiter zu qualifizieren. „Man hat pädagogisch mehr Möglichkeiten und ist flexibler einsetzbar."

Allmählich kommt auch Bewegung in die KMK. Im März verabredeten die Länder als Reaktion auf den Mangel zwölf – teils vage – Maßnahmen. Unter anderem sollen die Lehramtsstudiengänge gemeinsam mit den Hochschulen bedarfsbezogen weiterentwickelt werden. Für die Qualifizierung der Quer- und Seiteneinsteigenden sind bundesweite Standards geplant. Was wann umgesetzt wird, ist offen. „Was die KMK beschließt, ist in den Ländern oft nicht finanzierbar oder passt nicht zu den bestehenden Strukturen", sagt Walm.

Wie starr das System ist, zeigt auch seine aktualisierte Dokumentation für die GEW. Der Aspekt Quer- und Seiteneinstieg sei voraussichtlich der einzige, bei dem sich in den vergangenen neun Jahren etwas geändert habe, sagt Walm – und auch nur insofern, dass das Thema „politisch mehr Priorität bekommen hat". ■

EINE DAUERBAUSTELLE

JÜRGEN AMENDT
Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

Die Herausforderungen für Lehrerinnen und Lehrer haben sich in den vergangenen Jahren verändert: Inklusion, Ganztagsunterricht und Schulstrukturveränderungen machen auch eine Reform der Lehrkräfteausbildung notwendig. Die GEW hat dazu Vorschläge erarbeitet.

Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer sei eine „Dauerbaustelle“ schrieb der Erziehungswissenschaftler und Experte in Fragen der Lehrkräfteaus- und -fortbildung Prof. Ewald Terhart (s. Interview Seite 10 ff.) vor gut sechs Jahren in einem Fachaufsatz. Reforminitiativen seien immer dann entstanden, wenn es gesellschaftliche Umbrüche gegeben habe wie in der Zeit der sozialliberalen Politik zu Beginn der 1970er-Jahre oder in Phasen, in denen das Schulsystem politisch unter Druck geriet, zum Beispiel nach dem „PISA-Schock“ anfangs der 2000er-Jahre.

Folgerichtig hat sich auch die GEW schon immer mit der Frage der Lehrkräfteausbildung auseinandergesetzt. 2017 verabschiedete der Gewerkschaftstag der GEW in Freiburg im Breisgau „Leitlinien für eine innovative Lehrer_innenbildung“. Diese waren das Ergebnis einer vier Jahre dauernden Arbeit des „Zukunftsforum Lehrer_innenbildung“, eines Gremiums aus Mitgliedern der Landesverbände, Fach- und Personengruppen der GEW sowie Vertreterinnen und Vertretern aus Bund, Ländern, Hochschulen und bildungspolitischen Organisationen. Begleitet wurde die Arbeit des Forums durch insgesamt neun von der Max-Traeger-Stiftung geförderten Expertisen.

Die „Leitlinien“ sehen unter anderem eine Orientierung der Ausbildung an Klassenstufen statt an Schulformen vor. Eine Forderung, die bislang nur wenige Bundesländer umgesetzt haben (s. Seite 18 f.). Eine weitere Forderung der GEW betraf den Lehrkräftemangel. Zwar waren 2017 nicht alle Schulformen und Regionen gleichermaßen von dem Problem betroffen, gleichwohl herrschte insbesondere in den Grundschulen sowie in den ostdeutschen Bundesländern bereits ein eklatanter Mangel an Lehrerinnen und Lehrern. Wie die meisten Expertinnen und Experten prognostizierte auch die GEW, dass aufgrund des Geburtenbooms und der Zuwanderung die Zahl der Schülerinnen und Schüler künftig deutlich stärker steigen werde als von der Kultusministerkonferenz (KMK) angenommen – parallel zu dieser Entwicklung kam die Pensionierungswelle ins Rollen. Die GEW sprach sich deshalb dafür aus, die Zahl der Studienplätze deutlich zu erhöhen.

Lehrkräftemangel drängendstes Problem

Sechs Jahre später sind diese Forderungen aktueller denn je. Unbesetzte Stellen in den Schulen haben eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt: Die zusätzlichen Belastungen für Lehrerinnen und Lehrer schrecken viele Studienberechtigte von einem Lehramtsstudium ab. Viele Bundesländer reagierten auf den Personalmangel mit der Einstellung von Quer- sowie Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern, was zusätzlich Druck auf den Anspruch an eine qualitativ hochwertige Lehrkräfteausbildung erzeugt hat.

Die GEW hat auf die Entwicklung mit einem „15-Punkte-Programm gegen den Lehrkräftemangel“ reagiert. Dieses spricht sich zum Beispiel für mehr Studien- und Referendariatsplätze sowie eine bessere Betreuung und Bezahlung angehender Lehrkräfte aus. Für Quer- und Seiteneinsteigende müssen Qualifizierungsangebote geschaffen werden, damit sie sich fehlende pädagogische Kompetenzen aneignen können. Um den Forderungen an die KMK Nachdruck zu verleihen, hat die GEW eine Online-Petition für ihr Programm gestartet. ■

Infos zu den „Leitlinien“ und zum „15-Punkte-Programm“:
gew.de/ew-7-8-23

GEMEINSAM STUDIEREN, GEMEINSAM UNTERRICHTEN

SVEN HEITKAMP
freier Journalist

Die Idee eines Stufenlehramts statt eines Studiums nach Schularten wird an ersten Unis in Deutschland umgesetzt. Doch in vielen Bundesländern ist der Widerstand groß.

Es wirkt, als geistere ein Gespenst durch die bundesweite Bildungslandschaft: das Studium im Stufenlehramt. Statt nach diversen Schularten voneinander getrennt, werden dabei die angehenden Lehrkräfte nur noch nach Primarstufe sowie Sekundarstufe I und II unterteilt. Eine Forderung, die die GEW schon lange erhebt. Auch im aktuellen „15-Punkte-Programm gegen den Lehrkräftemangel“ der GEW heißt es: „Die Spezialisierung für einzelne Schularten muss zugunsten von Stufenlehrämtern überwunden werden.“ Die jungen Kolleginnen und Kollegen sollen nach diesem Ausbildungsweg – bei gleicher Bezahlung – sowohl an Gymnasien wie auch an Real- oder Oberschulen eingesetzt werden können. Flexibilität und Durchlässigkeit im Schulsystem würden dadurch für Lehrkräfte wie auch für Schulträger deutlich erhöht. Doch auf eine flächendeckende Umsetzung wartet man bisher vergebens.

Vor allem in den Stadtstaaten Bremen und Berlin sowie in Brandenburg macht das Modell inzwischen Schule: Berlin etwa bietet mittlerweile den „Master of Education“ für das Lehramt an Integrierten Sekundarschulen und Gymnasien an, Brandenburg das Lehramt für die Primarstufe sowie die Sekundarstufen I und II. Die Hansestadt Bremen hat mit ihrer Schulreform vor fast 15 Jahren bereits die alte Trennung nach Schularten ab der Grundschule im Studium weitgehend aufgehoben. Auf diesem Weg sollen Lehrkräfte an Oberschulen und Gymnasien als gleichwertig betrachtet und gleichartig ausgebildet werden.

> *Die Einführung des Stufenlehramts war eine logische Konsequenz.*
>
> STEFANIE GROTE,
> UNIVERSITÄT BREMEN

Diese Idee folgte der Schulreform: Denn an Oberschulen in Bremen gibt es auch eine gymnasiale Oberstufe, an der das Abitur abgelegt werden

EIN STUFENLEHRAMT BIETET VIELE VORTEILE. STUDIENPLÄTZE KÖNNEN OHNE AUFTEILUNG IN VERSCHIEDENE SCHULARTEN BESSER AUSGELASTET WERDEN, UND BEI DER BESETZUNG OFFENER STELLEN AN DEN SCHULEN ERGIBT SICH EINE GRÖSSERE FLEXIBILITÄT.

kann. „Angesichts dieser Reform war die Einführung des Stufenlehramts eine logische Konsequenz“, sagt Stefanie Grote, Referatsleiterin im Dezernat für Akademische Angelegenheiten der Universität Bremen. Weiterer Vorteil: Studienplätze könnten ohne Aufteilung in verschiedene Schularten besser ausgelastet werden. Auch bei der Besetzung offener Stellen an den Schulen ergebe sich durch das Modell eine größere Flexibilität zwischen Oberschulen und Gymnasien, so Grote.

In anderen Bundesländern sind mittlerweile ebenfalls Debatten um eine Einführung des Stufenlehramts entbrannt. Die SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Sachsen-Anhalt, Katja Pähle, sprach sich kürzlich dafür aus, einen „Modellversuch“ für eine stufenbezogene Ausbildung im Lehramtsstudium einzurichten. „Alle Schülerinnen und Schüler haben bestmöglich ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer verdient, unabhängig von der Schulform“, so Pähle. „Egal ob am Ende ein Abitur, ein Realabschluss oder ein Hauptschulabschluss steht – für den Schulerfolg brauchen die Lehrkräfte gleichermaßen Fachwissen, pädagogische und didaktische Kenntnisse.“ Ob die Pläne in der schwarz-rot-gelben Koalition in Magdeburg aber durchzusetzen sind, ist offen.

In Thüringen stecken die Reformbemühungen von Rot-Rot-Grün derweil in der Sackgasse. Ein Gesetzentwurf, mit dem eine schulstufenbezogene Lehrkräfteausbildung eingeleitet werden soll, hat zurzeit wenig Aussichten auf Erfolg. Die Erfurter Koalition unter Bodo Ramelow (Die Linke) dürfte mit ihren Vorstößen am Widerstand von CDU, FDP und AfD scheitern. Dabei hatte Linke-Bildungspolitiker Torsten Wolf jüngst vorgerechnet, dass in Thüringen nur 162 Studierende im ersten Semester für das Regelschullehramt eingeschrieben seien – für das Gymnasiallehramt dagegen 1.176. Diese Lücke müsse geschlossen werden, etwa mit Hilfe des Stufenlehramts. Doch dies bleibt vorerst die politische Wunschvorstellung einer Minderheitsregierung. ■

Foto: IMAGO/blickwinkel

PLAY GREEN

WEBPORTAL FÜR SPIELE ZUM THEMA NACHHALTIGKEIT

Spiele zu **Nachhaltigkeit**

digitale und analoge Spiele

geeignet für den **Bildungsbereich**

Zahlreiche **Bewertungen und Empfehlungen**

www.play-green.net

Dieses Projekt wird gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Deutschen Bundestages

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Umwelt Bundesamt

... BALD NUR NOCH ERINNERUNG?

FÜR DEN ERHALT DES LEBENS IN DEN MEEREN!

www.stiftung-meeresschutz.org

DEUTSCHE STIFTUNG **MEERESSCHUTZ** (DSM)

REGELWEG STATT PROVISORIEN

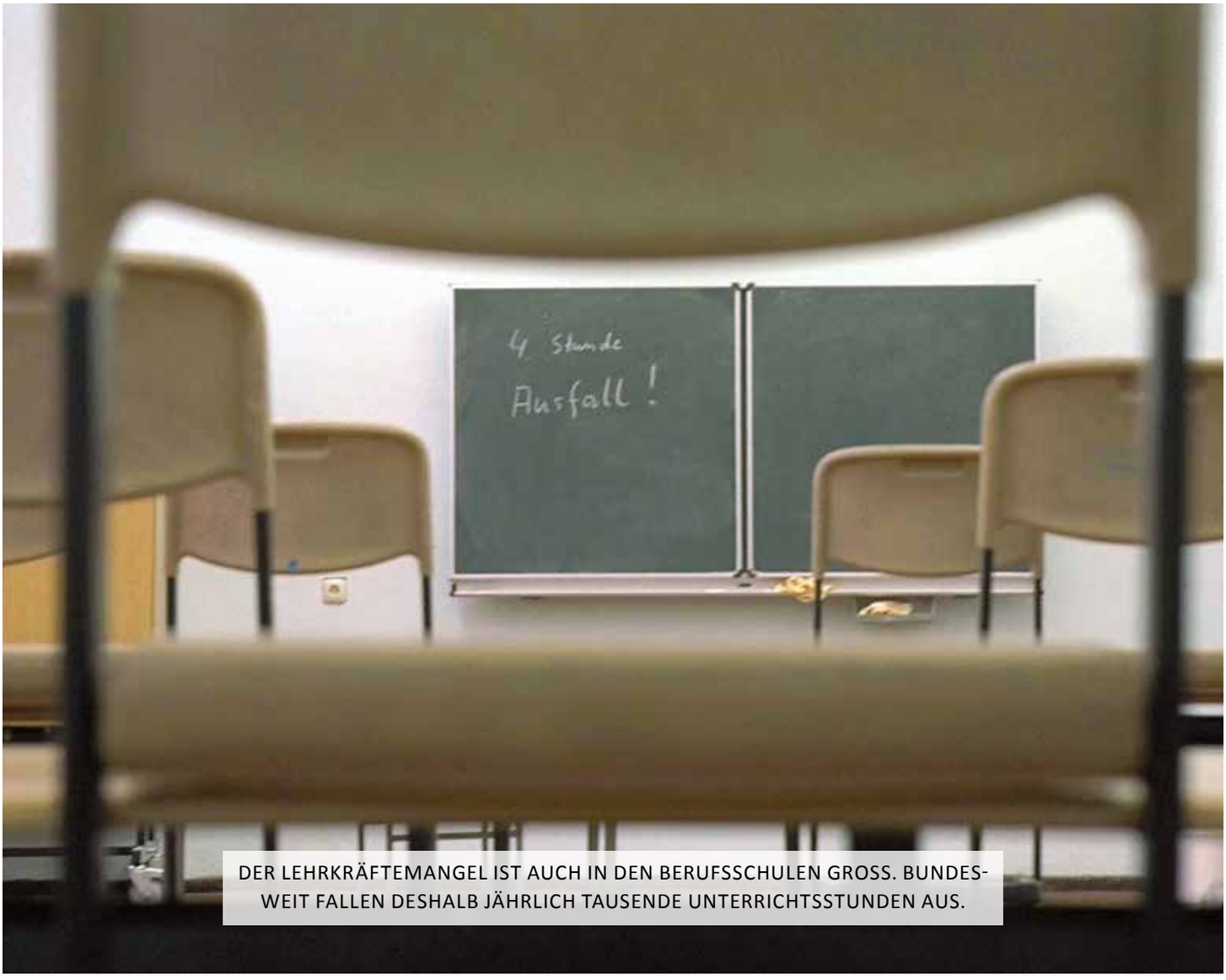
SVEN HEITKAMP
freier Journalist

Viele Bundesländer haben Mittel und Wege gefunden, um an Berufsschulen mehr Quer- und Seiteneinstiege zu ermöglichen. Doch oft sind das nur Provisorien. Die GEW fordert daher einen geregelten zweiten Ausbildungsweg für Lehrkräfte: das einphasige duale Masterstudium.

Lehrkräftemangel – das ist nicht nur ein Riesenproblem an allgemeinbildenden Schulen. Auch und gerade an Berufsschulen können die Kollegien ein Klagelied davon singen. Mehr als 10.000 Lehrkräfte fehlen schon heute, jährlich fallen Tausende Unterrichtsstunden aus. Und bis 2030 geht fast die Hälfte der aktuell 125.000 Berufsschullehrerinnen und -lehrer in den Ruhestand. „Es klafft eine gewaltige Lücke zwischen Bedarf und Angebot“, stellte Bildungsforscher Klaus Klemm in einer Studie für die Bertelsmann Stiftung schon Ende 2018 fest. Jedes Jahr müssten bis zu 4.800 Lehrkräfte neu eingestellt werden (s. E&W 1/2019). „Und die Lage bessert sich nicht – im Gegenteil“, sagt GEW-Vorstandsmitglied Ralf Becker. „Die Zahl der zu erwartenden Absolventinnen und Absolventen der Lehramtsstudiengänge wird den Bedarf bei weitem nicht decken können.“
Als Leiter des Organisationsbereichs Berufliche Bildung und Weiterbildung hat Becker daher eine klare Antwort auf die Misere formuliert. Er fordert neben dem klassischen Weg über das Lehramtsstudium an den Berufsschulen einen zweiten Regelweg: ein einphasiges duales Masterstudium für Praktiker, die an Berufsschulen arbeiten wollen. Zwar gebe es bereits ähnliche Seiteneinstiegsprogramme in manchen Bundesländern, aber meist seien das nur Provisorien, deren Qualität und Volumen sich als unzureichend erwiesen hätten. An berufsbildenden Schulen bestehe dringender Bedarf, den Seiteneinstieg weiter zu etablieren, um den Bedarf an qualifiziertem Nachwuchs überhaupt decken zu können. „Wir wollen, dass alle Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen die Möglichkeit haben, eine qualifizierte Ausbildung zu erhalten – unabhängig von ihrem Einstiegsweg“, sagt Becker. Dafür müssten die Wege zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung neu gedacht und weiter geöffnet werden.

> *Wir brauchen einen Pakt für die berufsbildenden Schulen.*
>
> RALF BECKER,
> GEW-VORSTANDSMITGLIED BERUFLICHE BILDUNG UND WEITERBILDUNG

Das einphasige duale Masterstudium soll berufsbegleitend während der Lehrtätigkeit an einer Berufsschule stattfinden und sieht daher kein Referendariat als zweite Ausbildungsphase vor. Geplant ist je nach Vorqualifikation eine Dauer von zwei bis vier Jahren. „Die Ausbildung sollte dabei in enger Kooperation zwischen Schule, Studienseminar und Hochschule erfolgen“, betont Becker. Denn die Inhalte sollten mit dem regulären



DER LEHRKRÄFTEMANGEL IST AUCH IN DEN BERUFSSCHULEN GROSS. BUNDESWEIT FALLEN DESHALB JÄHRLICH TAUSENDE UNTERRICHTSSTUNDEN AUS.

Foto: IMAGO/OR Medienvertrieb

Masterstudium vergleichbar sein. Die Pflichtstundenzahl der studierenden Lehrkräfte sollte so bemessen sein, dass diese nicht überlastet werden und auch ihre Betreuung gewährleistet ist. Die Entlastung von Pflichtstunden kann sich im Laufe der Ausbildung schrittweise reduzieren, um den eigenverantwortlichen Unterricht zu fördern.

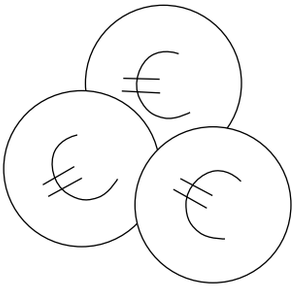
Zugangsberechtigt sollen Meisterinnen und Meister, Technikerinnen und Techniker, Betriebswirtinnen und Betriebswirte, Erzieherinnen und Erzieher sowie weitere vergleichbare Berufsausbildungen auf Bachelor-Niveau sein. Zudem sollen die Lehrkräfte mindestens drei Jahre Berufserfahrung in ihrem Berufsfeld mitbringen. Um ihnen finanzielle Sicherheit zu geben, sollten sie von ihrem Bundesland als Arbeitgeber eine unbefristete Beschäftigung erhalten, die nur dann endet, wenn das Masterstudium nicht abgeschlossen oder die Abschlussprüfung nicht bestanden wird. Die Bezahlung solle sich dabei nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) sowie dessen Entgeltordnung entsprechend der Eingangsqualifikation richten, fordert Becker. Außerdem sollte dieser neue zweite Regelweg auch jenen Kolleginnen und Kollegen offenstehen, die bereits an den Berufsschulen unterrichten.

Das Interesse am Vorstoß der GEW, der auch auf dem Gewerkschaftstag voriges Jahr in Leipzig debattiert wurde, sei groß, berichtet Becker. Doch sei das Konzept kein Allheilmittel. Neben dem Seiteneinstieg als Regelweg müssten auch andere Maßnahmen umgesetzt werden, um die Arbeitsbedingungen an Berufsschulen generell zu verbessern. Dazu gehörten eine spürbare Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung, eine Entlastung der Lehrkräfte von Verwaltungsarbeiten, angemessene Gehälter, die Unterstützung durch sozialpädagogisches Personal sowie eine bessere Ausstattung der Schulen etwa mit Blick auf die Digitalisierung. „Wir brauchen einen Pakt für die berufsbildenden Schulen“, sagt Becker, „um den Fachkräftebedarf in Deutschland zu decken.“ ■

UNTERSUCHUNGEN WIE JÜNGST DIE IGLU-STUDIE BELEGEN IMMER WIEDER DEN ENGEN ZUSAMMENHANG ZWISCHEN SOZIALER HERKUNFT UND BILDUNGSERFOLG. DIE BUNDESREGIERUNG WILL DIE STARTCHANCEN ARMER KINDER UND JUGENDLICHER MIT EINEM GLEICHNAMIGEN PROGRAMM VERBESSERN. DOCH ANGESICHTS DES SPARDRUCKS AUF DAS MINISTERIUM DER BUNDESBILDUNGSMINISTERIN UND DER ZÖGERLICHEN LÄNDER STEHT DAS PROJEKT AUF DER KIPPE.

Foto: IMAGO/Shotshop

DIE EUPHORIE DES AUFBRUCHS IST VERFLOGEN



KARL-HEINZ REITH
freier Journalist

Das Startchancen-Programm zählt neben der Kindergrundsicherung zu den ambitioniertesten Bildungsprojekten der Ampel-Regierung. Doch strittig ist der Umfang der Finanzierung: Und auch die Länder zaudern beim Geld.

Das jüngste schlechte deutsche Abschneiden beim IGLU-Grundschultest (Internationale Grundschule-Lese-Untersuchung) hat den Druck auf Bund und Länder erhöht, sich nach langem politischen Tauziehen über das im Koalitionsvertrag der Bundesregierung angekündigte Startchancen-Programm zu verständigen. Trotz Annäherungen ist der Dissens nach wie vor groß. Dabei fallen die Bundesmittel allenfalls nur noch halb so hoch aus wie zunächst nach den Koalitionsverhandlungen 2021 von SPD, Grünen und FDP euphorisch erhofft. Und die Länder halten sich bei der Frage nach ihrer Eigenbeteiligung nach wie vor auffällig zurück.

GEW-Vorstandsmitglied Anja Bensinger-Stolze kritisiert, dass selbst der inzwischen auf eine Milliarde Euro abgespeckte Beitrag des Bundes nicht gänzlich gesichert sei und immer noch „unter Haushaltsvorbehalt“ stehe. Zugleich dürften die Länder, die bereits eigene Landesprogramme für Schulen in sozial schwierigen Lagen angestoßen haben, das erwartete zusätzliche Bundesgeld nicht zum Anlass für eine Kürzung ihrer bisher eingesetzten eigenen Mittel nehmen. Bensinger-Stolze befürchtet: „Sonst bleibt es ein Tropfen auf den heißen Stein.“
Nach den äußerst schlechten nationalen Ergebnissen des im Oktober 2022 veröffentlichten Grundschul-Bildungstrends des ländereigenen Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) hatte bei der aktuellen internationalen IGLU-Studie niemand Wunder erwartet. Dass die Ergebnisse aber noch alarmierender als befürchtet ausfielen, löste dann doch turbulente Reaktionen in der Öffentlichkeit aus. Die IGLU-Kernbotschaft: Mehr als jeder vierte Viertklässler (25,4 Prozent) kann nicht flüssig genug lesen, um sich selbstständig Wissen anzueignen und die Texte inhaltlich zu verstehen. 2001 – im Jahr des ersten deutschen „PISA-Schocks“ – betrug laut der damals nahezu gleichzeitig erhobenen ersten IGLU-Studie die Zahl dieser sogenannten Risikoschülerinnen und -schüler 17 Prozent. Erneut belegt die aktuelle IGLU-Untersuchung die extrem hohe Abhängigkeit von Bildungserfolg und sozialem Hintergrund in Deutschland. >>>

>>> Unterdessen hört man jetzt seit mehr als zwei Jahrzehnten von den Kultusministern mit jeder neuen Veröffentlichung einer PISA-, IGLU- oder IQB-Studie nahezu gleichlautend das Versprechen: „Vorrangiges Ziel unserer Bildungspolitik bleibt, den engen Zusammenhang von Bildungserfolg und sozialer Herkunft in Deutschland zu entkoppeln.“ Bislang leider folgenlos. Zwar gibt es inzwischen in einigen Ländern regionale Programme wie „Starke Schulen“ in Hamburg, „Perspektivschulen“ in Schleswig-Holstein oder „Talentschulen“ in Nordrhein-Westfalen. Doch in den bundesweiten Bilanzen der jüngsten Studien schlagen sich diese Aktivitäten bisher nicht nieder. Vielfach steht auch eine Evaluierung der Programme noch aus.
Der Ampel-Koalitionsvertrag weckte viele Hoffnungen: „Mit dem neuen Programm Startchancen wollen wir Kindern und Jugendlichen bessere Bildungschancen unabhängig von der sozialen Lage ihrer Eltern ermöglichen. Wir werden mehr als 4.000 allgemein- und berufsbildende Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler besonders stärken.“ Und weiter: „Über dieses Programm hinaus werden wir weitere bis zu 4.000 Schulen in benachteiligten Regionen und Quartieren gezielt und dauerhaft mit zusätzlichen Stellen für schulische Sozialarbeit unterstützen.“

Zähes Ringen zwischen Bund und Ländern

Zunächst hatten die Ampel-Koalitionäre dafür zwei Milliarden Euro Bundesgeld jährlich eingeplant. Die gleiche Summe sollten die Länder noch mal drauflegen.
Doch die Euphorie des Aufbruchs und des Neuanfangs war schnell verfolgen. Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) tat sich zunächst sichtlich schwer, überhaupt in die Gänge zu kommen und ein Konzept vorzulegen. Dann folgten Pandemie, Ukraine-Krieg und Energiekrise. Sie engten den finanziellen Spielraum des Bundes gewaltig ein. Übrig blieb letztlich die Zusage des Bundesfinanzministers Christian Lindner (FDP) über eine Milliarde Bundesgeld für das Programm pro Jahr. Gleichzeitig soll Stark-Watzinger aber auch eine halbe Milliarde Euro in ihrem Gesamtetat für Bildung und Forschung einsparen.
Nach monatelangen zähen Gesprächen zwischen Kultusministerkonferenz (KMK) und Bundesministerium gibt es inzwischen einige inhaltliche Annäherungen: So ist man sich in dem Ziel einig, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den geförderten Schulen, die die Mindeststandards der KMK nicht erreichen, binnen zehn Jahren halbiert werden soll. Dabei soll es nicht nur um die schulischen Leistungen gehen, sondern auch um die soziale Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen. Die Auswahl der Schulen soll den Ländern obliegen. Schulleitungen in Brennpunktschulen sollen vom jeweiligen Landesministerium „Orientierungshilfen“ erhalten, wie die Gelder eingesetzt werden. Der Bund verlangt von den Ländern die Garantie, dass ihre bereits bestehenden Programme zur sozialen Förderung durch das Bundesgeld „nicht substituiert“ werden.

GEW: Geld nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilen

GEW-Schulexpertin Bensinger-Stolze begrüßt, dass der Bund bei den schwierigen Verhandlungen inzwischen darauf pocht, dass das Geld „nicht nach dem Gießkannenprinzip“ wie beim „Königsteiner Schlüssel“ über alle Bundesländer hinweg verteilt wird, sondern Förderschwerpunkte in Problemregionen gesetzt werden – dort, wo die Hilfe besonders dringend benötigt wird. Dies fordert die GEW schon seit langem und hat dafür von der Wissenschaft ein alternatives sozialindiziertes Konzept erstellen lassen. Kriterien sind unter anderem der Anteil der unter 15-Jährigen, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II erhalten, die Arbeitslosenquote und die Armutsgefährdetenquote. Berücksichtigt werden sollen auch der Anteil der Erwachsenen ohne beruflichen Bildungsabschluss und der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, die jünger als 18 Jahre sind.
Der „Königsteiner Schlüssel“ hingegen richtet sich zu zwei Dritteln nach dem Steueraufkommen eines Landes und zu einem Drittel nach der Bevölkerungszahl. Dies würde für das Startchancen-Programm bedeuten, dass ohnehin reiche Länder wie Bayern und Baden-Württemberg überproportional von dem Bundesgeld profitieren und zum Beispiel für Bremen und Berlin kaum eine nennenswerte Summe übrigbleibt.
Ein mühsam unter den Ländern erzielter Kompromiss sah zwar für Bremen einen kleinen Zuschlag vor – was aber deutlich zu wenig ist. Die neue KMK-Präsidentin Katharina Günther-Wünsch (CDU) deutete in dieser Frage gegenüber dem Mediendienst „Table Bildung“ Gesprächsbereitschaft an, sofern „der Bund auch ein paar Schritte auf uns zugeht“. Ein Ergebnis lag bei Drucklegung dieser E&W-Ausgabe noch nicht vor. ■

Laufbahnretter – immer optimal abgesichert!

Mit der ersten bedarfsgerechten **Dienstunfähigkeitsversicherung** mit echter DU-Klausel sind Sie zu jedem Zeitpunkt Ihrer Laufbahn optimal abgesichert. Als **Anwärter** erhalten Sie bei einer Entlassung aufgrund einer Dienstunfähigkeit 100.000 €, um sich in Ruhe beruflich neu orientieren zu können – und das für nur ca. 5 € Beitrag im Monat. Als **Beamter auf Lebenszeit** ist durch Ihren individuellen Verlaufsplan stets die Differenz zum vollen Ruhegehalt abgesichert, wenn Sie aus gesundheitlichen Gründen dienstunfähig werden.

Unsere zertifizierten Experten für den öffentlichen Dienst beraten Sie kostenlos und unverbindlich unter 089 24241291 oder du@check24.de.

Jetzt absichern!

laufbahnretter.de

exklusiv bei CHECK24

DIALOG

2/2023

TITEL: DIE SPUREN UNSERES LEBENS SEITE 26–28 +++ GEW-KOMMENTAR: BLICK ZURÜCK NACH VORN SEITE 28 +++ LUST AUF ZUKUNFT SEITE 29

DIE SPUREN UNSERES LEBENS

Cartoon: Miriam Wurster

ANJA DILK
freie Journalistin

Wenn Menschen älter werden, stellen sich zunehmend Fragen: Was will ich hinterlassen? Was der Welt oder meiner Familie mitgeben? „Dialog" hat Menschen gefragt, die unterschiedliche Antworten gefunden haben.

Seine Lebensgeschichte hinterlassen

Birgit Dahme*, Hochschulprofessorin
Klaus Dahme*, Kaufmann Chemieindustrie, Stralsund

„Vor zwei Jahren kam uns der Gedanke: Wir hätten so gern eine kleine Geschichte unseres Lebens, zusammengefasst zwischen zwei Buchdeckeln. Schöner und vielfältiger hätte dieses Leben nicht sein können, die Erinnerungen daran sollen nicht verloren gehen. Wir sind seit 55 Jahren glücklich verheiratet, oft umgezogen und

jede Station war toll. Das gemeinsame Studium in Göttingen, die Familiengründung in Augsburg, unser Wechsel ins wunderschöne Stralsund – links die Ostsee, rechts die Insel Rügen. Und natürlich die regelmäßigen Auszeiten in unserem Ferienhaus auf den Balearen.

Unsere wunderschönen Lebenserinnerungen sollen nicht verloren gehen.

BIRGIT UND KLAUS DAHME*

Aber aufschreiben? Das ist nicht unser Ding. Man verliert sich schnell in Details, reiht chronologisch Fakten aneinander, der Stil holpert. Völlig langweilig. Also haben wir eine Biografin beauftragt, die professionell Lebensgeschichten verfasst. Nun ja, ein paar Tausend Euro hat das schon gekostet, aber für uns hat es sich rundherum gelohnt. Eineinhalb Tage war Katrin Rohnstock da, hat uns interviewt, viel hinterfragt, Verbindungslinien gezogen, die wir bis dahin nicht gesehen hatten. Wir haben Fotos und Unterlagen gesammelt, später die Gliederung durchgesprochen. Der Prozess war ungeheuer spannend, viele verschüttete Erinnerungen sind hochgekommen, Zusammenhänge wurden uns bewusst.
Zum Beispiel, wie wichtig Zusammenhalt in unserer Familie immer war. Bei den Recherchen haben wir alte Familiendokumente ausgegraben, etwa eine Chronik von Klaus' im Krieg getöteten Vater, der seine Erlebnisse in der NS-Zeit schildert. Und wir haben entdeckt, wie viele Cousins und Cousinen wir haben. Nun gibt es ab und an Familientreffen.
Nach einem Jahr war unser Büchlein fertig. Superschön geschrieben, spannend zu lesen, gut geordnet. Es ist unsere Schatztruhe voller Juwelen. Immer wieder schauen wir rein und schmökern ein wenig … Weißt du noch? Auch Tochter, Enkelin und Schwiegersohn haben ein Exemplar. Unsere Tochter war von den Socken: ‚Jetzt kann ich mir viel besser vorstellen, wie eure Kindheit war und weiß endlich, was genau ihr beruflich gemacht habt, als ich klein war.'"

Frauenpower fördern

Sigrid Metz-Göckel, Professorin für Soziologie, Dortmund

„Ich war immer eine Aufmüpfige, Exotin in vielen Rollen. Habe über Hochschuldidaktik promoviert, als der Muff noch unter den Talaren hing. Kritische Uni, Entmachtung der Professoren, Mitbestimmung des nicht-pädagogischen Personals. Als ich studierte, waren nur 20 Prozent der Studierenden Frauen, als ich Professorin wurde, war ich eine von 5 Prozent. Ich bin mit der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer groß geworden. Mit der Überzeugung: Nur wer quer denkt, kann quer handeln. Ich wollte die Uni verändern und die Rolle der Frauen in der Gesellschaft. Ich habe den Arbeitskreis Wissenschaftlerinnen initiiert, der sich für Frauenbeauftragte, Frauenförderlinien und Mütter eingesetzt hat; für mehr Frauen in der Wissenschaft, damit sie andere Perspektiven in Forschung tragen. Vieles ist in den vergangenen Jahrzehnten in Bewegung gekommen, weil Frauen wie ich sich nicht die Butter vom Brot haben nehmen lassen. Wir waren aufmüpfig. Um auch andere zu ermutigen, habe ich 2004 die Stiftung Aufmüpfige Frauen gegründet.
Denn aufmüpfig zu sein, muss man sich auch leisten können. Geflüchtet aus Oberschlesien, bin ich arm aufgewachsen. Erst später als Professorin hatte ich Geld, viel mehr als ich brauchte. Aber um mich herum waren die meisten Frauen an der Uni prekär beschäftigt. Das wollte ich mit einigen anderen Mitstreiterinnen durch eine Stiftung ändern. Mehr als zehn Jahre lang haben wir Geld gesammelt, um die 60.000 Euro für eine Stiftungsgründung zusammenzubekommen. Seit 2004 verleihen wir alle zwei Jahre einen Preis an Frauen, die einen wichtigen Beitrag leisten, um die Stellung der Frauen in der Gesellschaft zu verbessern. Gemeinwohlorientiert und originell. 15 Menschen haben wir schon ausgezeichnet, >>>

Mit meiner Stiftung will ich ein wenig von meiner Lebenshaltung hinterlassen.

SIGRID METZ-GÖCKEL

>>> 3.000 Euro bekommen die Preisträgerinnen. Unter ihnen sind Frauen wie die Verlegerin Renate Matthei, die einen Verlag exklusiv für Werke von Komponistinnen gegründet hat, um auf die oft unterschätzte Rolle der Komponistinnen in der Musik aufmerksam zu machen. Oder die Ruhrgebietsforscherin Uta C. Schmidt, welche die Rolle von Frauen der Hüttenkumpels untersucht hat. Die Berliner Bloggerin Anne Wizorek haben wir dafür ausgezeichnet, dass sie dem jungen Feminismus im Internet ein Gesicht gegeben hat.

In jeder Auswahlrunde lerne ich neue Welten kennen, das ist das Schönste für mich. Es gibt so viele neue, tolle Feministinnen jeden Alters. Mit der Stiftung will ich ein wenig von meiner Lebenshaltung, meinen Überzeugungen hinterlassen. Wir sind ein kinderloses Ehepaar, die Stiftung erbt unser Geld und unsere Immobilien, wenn mein Mann und ich nicht mehr da sind. Das fühlt sich gut an.“ ■

*Namen von der Redaktion geändert

Foto: Alice End

FRAUKE GÜTZKOW

GEW-Vorstandsmitglied,
verantwortlich für Seniorinnen- und Seniorenpolitik

KOMMENTAR

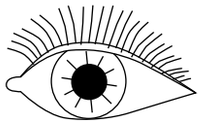
BLICK ZURÜCK NACH VORN

Die Antworten auf die Frage, was ich anderen von mir hinterlassen will, können vielfältig sein.

Die britische Schriftstellerin Doris Lessing hat einmal sinngemäß gesagt: Wir sind, was wir an Erfahrungen sammeln. Für mich bringt es das auf den Punkt. Denn wie wir aufwachsen, welche Menschen wir kennenlernen, welche Bildungserfahrungen wir machen, welchen Beruf wir ergreifen, ob und wo wir uns politisch engagieren, prägt uns als Mensch. Sich damit auseinanderzusetzen, scheint mir sinnvoll. Wie wurde ich, wer ich bin? Welche Lebensthemen haben mich bewegt, was ist liegengeblieben, was ist mir jetzt wichtig? Wer die Antwort auf diese Fragen kennt, kann leichter ausloten, wo die Reise nun hingehen soll – und was er oder sie anderen Menschen hinterlassen will. Denn auch dieses Hinterlassen gehört dazu. Die Frage also, was will ich anderen – egal ob Familie, Freunden oder meinem professionellen und politischen Umfeld – von mir zeigen? Welche Erkenntnisse teilen, was der Welt mitgeben, damit andere ermutigt werden, ihre eigenen Wege zu gehen.

Die Formen können unterschiedlich sein: Man kann eine Autobiografie schreiben. Einige gehen zu Workshops zum biografischen Schreiben und nehmen den Stift selbst in die Hand, andere tun das mithilfe von Profis. Man kann andere begleiten oder fördern, als ehrenamtlich Beratende, als Mentor*in oder – wo möglich – mit finanzieller Unterstützung, als Sponsor*in, damit diese ihre Ideen verwirklichen können. Man kann im Team die Entwicklungen des Berufs- oder Politikfeldes dokumentieren, in dem man aktiv war. Eine Arbeitsgruppe engagierter Ruheständlerinnen verschriftlicht gerade die Geschichte der GEW-Frauenpolitik der vergangenen 30 Jahre. Sicher, was die Nachfolgenden mit diesen Hinterlassenschaften machen, entscheiden sie selbst. Wir alle hinterlassen wertvolle Spuren, die Perspektiven eröffnen können. ■

LUST AUF ZUKUNFT – WAS ICH NEU ENTDECKT HABE



Eberhard Heim, Realschullehrer Erziehungswissenschaft und Geschichte sowie Schulrat im Kreis Stormarn, Schleswig-Holstein, seit 2008 im Ruhestand

Im Ruhestand habe ich einen Lesekreis für Seniorinnen und Senioren gegründet, alle zwei Montage treffen wir uns in einem Lokal und sprechen über Bücher. Dörte Hansen ‚Zur See', Helga Schubert ‚Vom Aufstehen'. Literatur ist für mich eine große Inspiration. Regelmäßig besuche ich mit meiner Frau den Lesetisch bei uns im Ort, wir lieben die anregenden, lebendigen Diskussionen dort.

Seit 53 Jahren bin ich nun GEW-Mitglied, bis heute aktiv im Kreisvorstand. Neunmal im Jahr treffen wir uns zu Klausurkonferenzen: Was können wir in der Region anschieben, was wollen unsere Leute? Wir organisieren zum Beispiel Workshops zur Auseinandersetzung mit Familiengeschichte auf dem Seniorenbildungstag. Wir laden dazu Gäste wie die Schriftstellerin Sabine Bode ein, Autorin von Büchern wie ‚Nachkriegskinder'. Auch privat beschäftige ich mich mit diesem Thema: Welchen Einfluss hatte die Familie auf mein Leben, auf das Leben meiner Kinder und Enkel? Generativität nennt man das Forschungsfeld. Eine große Rolle spielen natürlich Krieg und Nachkriegszeit. Was haben unsere Eltern im Nationalsozialismus gemacht? Wie hätten wir selbst gehandelt?

Zukunft heißt für mich letztlich auch: bewahren, was ich mir im Leben aufgebaut habe. Einmal im Jahr mache ich mit den engsten Freunden eine kleine Reise. Regelmäßig treffe ich mich mit anderen zur Skatrunde – seit 50 Jahren. Ich spiele auch wieder Klavier und pflege die körperliche und geistige Gesundheit: Schwimmen, Walken, Gymnastik genauso wie Lesen oder mit den Enkelkindern spielen. Das hält frisch und fit." ■

Erinnerungen hinterlassen

Wie packe ich das an?

Online Tipps holen

Keine Erfahrung im autobiografischen Schreiben? Die Seite https://generationen-gespräch.de etwa gibt eine hilfreiche Schritt-für-Schritt-Anweisung. Zum Beispiel Fragebögen nutzen, um einem roten Faden in der Lebensgeschichte auf die Spur zu kommen; ein Notizbüchlein für spontane Einfälle mit sich tragen; sich bildhaft in die Situation zurückdenken, um anschaulich schildern zu können. Die Seite www.mentorium.de/biografie-schreiben/ hat zur Inspiration Beispiele bekannter Biografien gesammelt und eine How-to-Liste zusammengestellt.

Sich weiterbilden

Einige Institute bieten Fernlehrgänge oder Vor-Ort-Weiterbildungen an. An den Volkshochschulen (VHS) findet sich vom Thema Biografiearbeit bis zum Schreibcoaching bundesweit eine Vielfalt von Angeboten. Einen Überblick liefert der VHS-Kursfinder www.volkshochschule.de. Auch private Anbieter bundesweit haben Autobiografie-Workshops im Repertoire, zum Beispiel im gemeinnützigen Verein Memory-Werkstatt (www.memory-werkstatt.de) oder in der Schule des Schreibens (www.schule-des-schreibens.de).

Profis engagieren

Keine Lust, selbst zum Stift zu greifen? Vielleicht ist die Unterstützung vom Profi das Richtige. Je nach Aufwand kostet eine Autobiografie bis zu 20.000 Euro. Denn meist kommen dafür Biografinnen oder Biografen zum persönlichen Gespräch, Interviews und Unterlagen werden ausgewertet, eine Storyline wird erstellt, der Text verfasst. Am Ende steht ein Buch – in Print oder digital. Wichtig: Vorab genau Vorgehen und Leistungsumfang klären und um Beispielarbeiten bitten. Tipps zum Check bei der Vereinigung deutschsprachiger Biografinnen und Biografen: www.biographiezentrum.de.

Mehr Infos unter **gew.de/ew-7-8-23**

Impressum Dialog
Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main, Tel. 069 78973-0
Vorsitzende: Maike Finnern
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Geschäftsführende Redakteurin: Anja Dilk
Redakteurin/Redakteur: Frauke Gützkow, Jürgen Amendt
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel

UNDEMOKRATISCHE LÜCKENFÜLLER

MATTHIAS HOLLAND-LETZ
freier Journalist

Gemeinnützige Stiftungen sind an unterfinanzierten Schulen und Hochschulen oft hochwillkommen. Doch viele verfolgen eigene Interessen, bevorzugen ihre Heimatregion – und kein Gesetz zwingt sie zu Transparenz.

Cartoon: Christiane Pfohlmann

Wäre das nicht etwas für Ihr Unternehmen? Eine „Kinder-Patenschaft“ zu übernehmen? Kostet 24.000 Euro. Dafür erhalten zehn „armutsbelastete Kinder“ der Klassen 1 bis 7 eine „Lernförderung“. Ein Jahr lang, wöchentlich zweimal 90 Minuten. Im Gegenzug winkt dem Unternehmen positive Public Relation (PR). Es gebe eine „Vielzahl von Möglichkeiten der Bekanntmachung Ihres Engagements“, lockt der Werbeflyer des Vereins Tausche Bildung für Wohnen e. V. (TBFW), der auch von vielen gemeinnützigen Stiftungen – darunter Evonik Stiftung, Deutsche Telekom Stiftung, Ikea Stiftung und Vodafone Stiftung – gefördert wird.

Die Stiftungen finden unterstützenswert, dass TBWF jungen Erwachsenen im Ruhrgebiet ein kostenloses WG-Zimmer vermittelt und ihnen 420 Euro monatlich Taschengeld zahlt. Im Gegenzug arbeiten die jungen Leute 40 Stunden pro Woche für die „Lernförderung“. Der GEW-Landesverband Nordrhein-Westfalen (NRW) kritisierte das Projekt bereits 2019 (s. E&W 3/2019). „Ein Tropfen auf den heißen Stein“, urteilte die damalige GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer. Was der Verein leiste, sei „keine grundsätzliche Lösung für das Armutsproblem in unserer Gesellschaft“. Die GEW NRW forderte, „dass das Land NRW Schulen an benachteiligten Standorten deutlich besser ausstattet“, vor allem mit zusätzlichen qualifizierten Lehrkräften. Das Problem

>>>

Es folgt eine Selbstkritik von Noah, der schon wieder seine Gummibärchen mit anderen Kindern geteilt hat.
Pfohlmann ©23

>>> hat sich seither verschärft. TBFW behauptet jedoch: „Wir gestalten eine bildungsgerechte Zukunft.“ Der Verein eröffnete, unterstützt von seinen Stiftungspartnern, inzwischen Zweigstellen in Witten, Dortmund, Essen und Gelsenkirchen.

Kein Zweifel: Stiftungen tun Gutes. An Schulen sponsern sie das Chemie-Labor, bilden Streitschlichter aus oder vergeben Stipendien für talentierte Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. An Hochschulen zeichnen sie herausragende Forschungsarbeiten aus, finanzieren Lehrstühle und helfen, marode Gebäude zu sanieren. Die Robert Bosch Stiftung betreibt das „Deutsche Schulportal“, eine der wichtigsten Internet-Plattformen für Pädagoginnen und Pädagogen. Auch politisch setzen sie Akzente. Als im März 2023 der Versuch der Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) krachend scheiterte, mit den Bundesländern gemeinsam Lösungen für die wachsende Schulmisere zu finden, meldeten sich Stiftungen kraftvoll zu Wort. Sie veröffentlichten den Appell „Für einen Nationalen Bildungsgipfel“, dem sich auch DGB, ver.di und GEW anschlossen (s. E&W 4/2023).

Was unternehmensnahe Stiftungen fördern, verschafft mitunter auch dem Unternehmen Vorteile.

Doch gibt es reichlich Anlass, Wasser in den Wein zu gießen. Unternehmensnahe Stiftungen nehmen etwa Einfluss im Streit, wie wirtschaftliche Zusammenhänge im Unterricht zu behandeln sind. So engagieren sich die Stiftung Familienunternehmen, die Dieter von Holzbrinck Stiftung und die PricewaterhouseCoopers-Stiftung im „Bündnis Ökonomische Bildung“. Dieses propagiert, ökonomische Bildung an allen weiterführenden Schulen zu verankern – mit einem eigenständigen Fach Wirtschaft. DGB und GEW hingegen warnen seit Jahren davor, den Ökonomie-Unterricht auf unternehmerisches Denken zu verengen. Es gelte, politische, kulturelle und ethische Fragestellungen einzubeziehen.

Weiterer Kritikpunkt: Was unternehmensnahe Stiftungen fördern, verschafft mitunter auch dem Unternehmen Vorteile. Beispiel Dieter Schwarz Stiftung. Stifter ist der Multimilliardär Dieter Schwarz, der Gründer von Lidl und Kaufland. Seine Stiftung begann in den frühen 2000er-Jahren, Heilbronn als Bildungsstandort auszubauen. Sie finanziert unter anderem eine Zweigstelle der TU München, deren Heilbronner Lehrstühle sich mit „Digital Marketing“ oder „Supply Chain Management“ (Lieferketten-Management) befassen. Gefördert wird auch die Heilbronner Außenstelle der Dualen Hochschule Baden-Württemberg – mit BWL-Schwerpunkten wie „Food Management“ und „Handel“. Deren Forschungsergebnisse sowie die Absolventinnen und Absolventen dürften auch für Lidl und Kaufland interessant sein – die Zentrale der beiden Unternehmen liegt im benachbarten Neckarsulm. Auf E&W-Anfrage erklärt die Stiftung: Die Unternehmensgruppe habe keine Möglichkeit, auf Forschung und Lehre der beiden Hochschulen Einfluss zu nehmen: „Lidl und Kaufland profitieren im gleichen Maße von den Absolvent:innen wie alle anderen Unternehmen in unserer Region.“

Gemeinnützige Stiftungen zahlen weder Körperschaft- noch Gewerbe- oder Erbschaftsteuer.

Kritikwürdig ist zudem: Wenn Stiftungen Sinnvolles fördern, profitiert oft nur die Heimatregion der jeweiligen Stiftung. Andernorts gehen die Bildungseinrichtungen leer aus. Beispiel Claussen-Simon-Stiftung, gegründet von einem ehemaligen Vorstandsmitglied des Hamburger Beiersdorf-Konzerns. Sie fördert vor allem in der Hansestadt. So erhalten Hamburger Schulen für „neuartige Lernformen und Ideen der Unterrichtsgestaltung“ jeweils bis zu 10.000 Euro. Die Vector Stiftung beschränkt ihre Bildungsprojekte auf Baden-Württemberg. Die Possehl-Stiftung ist ausschließlich in Lübeck tätig.

Weiterer Vorwurf: Gemeinnützige Stiftungen sind undemokratisch. Sie zahlen weder Körperschaft- noch Gewerbe- oder Erbschaftsteuer. Doch haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Bürgerinnen und Bürger keinen Einfluss darauf, was die Stiftung mit ihren Einnahmen macht. Allein Stifter und Stiftungsvorstand entscheiden.

Viele Stiftungen verhalten sich zudem intransparent. Sie sind per Gesetz weder gezwungen, ihr Vermögen offenzulegen, noch müssen sie Einnahmen und Ausgaben publizieren. Wenn Stiftungen dies tun, geschieht das freiwillig. Auskunftspflichtig sind sie allein gegenüber der Stiftungsaufsicht – in NRW sind dafür die Bezirksregierungen zuständig – und dem Finanzamt. Wenig von Transparenz hält etwa die Hamburger Hannelore und Helmut Greve Stiftung für Kultur und Wissenschaften, gegründet vom Immobilien-Unternehmer Helmut Greve. Wer sich über diese Stiftung informieren will, findet nicht einmal eine Webseite. Offenheit sieht anders aus. ■

„GEFAHR, DASS STIFTUNGEN IHRE EIGENEN AGENDEN DURCHDRÜCKEN“

Foto: Universität zu Köln

SCHULEN UND HOCHSCHULEN KÖNNTEN MIT STIFTUNGEN ZUSAMMENARBEITEN, SAGT PROFESSOR TIM ENGARTNER VON DER UNIVERSITÄT KÖLN, SOFERN DIESE KEINE UNTERNEHMERISCHEN, SONDERN GESELLSCHAFTSPOLITISCHE ZIELE VERFOLGEN.

MATTHIAS HOLLAND-LETZ
freier Journalist

Welche Folgen hat es, wenn sich gemeinnützige Stiftungen im Bildungswesen engagieren? Interview mit Tim Engartner, Professor für Sozialwissenschaften an der Universität Köln.

E&W: Was ist schlecht daran, wenn sich gemeinnützige Stiftungen an Schulen oder Hochschulen engagieren?

Prof. Tim Engartner: Grundsätzlich besteht die Gefahr, dass Stiftungen ihre eigenen Agenden durchdrücken. So zielen sie etwa über Stiftungsprofessuren darauf, an Hochschulen Disziplinen zu stärken, die ihrer Ansicht nach bedeutsam sind. Zumeist setzen sie dabei auf Wirtschafts- und Ingenieurswissenschaften, nicht auf

>>>

>>> Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften. Auch ihr schulisches Engagement nährt den Verdacht, dass sie die Weltsicht der Schülerinnen und Schüler prägen wollen. Nicht selten streben sie danach, Inhalte wie die private Altersvorsorge oder eine affirmative Haltung gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft inklusive der derzeitigen Vermögensverteilung in den Klassenzimmern zu verankern. Das ist das Gegenteil dessen, was wir mit dem humboldtschen Bildungsauftrag unter kritisch-emanzipatorischer Bildung verstehen.

> *Es ist ein Segen,*
> *dass uns das Geld ausgeht.*
> *Anders kriegen wir das notwendige*
> *Umdenken nicht in Gang.*
>
> REINHARD MOHN,
> GRÜNDER DER BERTELSMANN STIFTUNG

E&W: Stiftungsprojekte an Schulen stoßen zumeist auf Zustimmung. Das liegt nicht allein an der chronischen Unterfinanzierung des öffentlichen Bildungswesens. Welche weiteren Gründe gibt es?

Engartner: Der Staat muss oft mit der Gießkanne operieren. Darauf verpflichtet unter anderem der im Grundgesetz verbriefte Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Demnach muss Vater Staat in Leipzig näherungsweise ähnliche Lebensbedingungen schaffen wie in Lüneburg und Ludwigshafen. Stiftungen hingegen können zielgruppenspezifisch und auch räumlich zielgenau agieren. Die Wahrnehmung der Eltern-, Lehrer- und Schülerschaft ist dann die, dass endlich etwas getan wird.

E&W: Stiftungen machen selten zum Thema, dass es Schulen und Hochschulen dramatisch an Personal und Ausstattung mangelt. Warum?

Engartner: Reinhard Mohn, der Gründer der Bertelsmann Stiftung, hat gesagt: „Es ist ein Segen, dass uns das Geld ausgeht. Anders kriegen wir das notwendige Umdenken nicht in Gang.“ Schonungslos legte er mit diesem Zitat offen, warum er die Verarmung der öffentlichen Haushalte begrüßt. Grundsätzlich bringt die Unterfinanzierung des Bildungssystems Stiftungen in die Position, Lücken mit eigenen Schwerpunkten füllen zu können.

E&W: Stiftungen kooperieren gerne mit Akteurinnen und Akteuren aus Politik, Wissenschaft, Verwaltung bis hin zu Gewerkschaften. Warum?

Engartner: Stiftungen verschaffen sich ein besonderes Maß an Glaubwürdigkeit, wenn sie vernetzt sind. Wer seine bildungspolitischen Ziele umsetzen will, braucht Akteure aus der Politik. Die Wissenschaft wird gerne bemüht, um sich unangreifbar zu machen. Und die Kooperation mit Gewerkschaften wird gerne gesucht, um den Eindruck zu erwecken, die gesellschaftspolitische Akzeptanz sei besonders groß.

E&W: Was ist zu tun, um den Einfluss der Stiftungen im Bildungswesen einzudämmen?

Engartner: Die finanzielle und personelle Ausstattung der Kitas, Schulen und Hochschulen muss verbessert werden. Ein Problem besteht darin, dass Bildungsinvestitionen Langzeitinvestitionen sind, das heißt, sie werden nur selten innerhalb der laufenden Legislaturperiode sichtbar. Politikerinnen und Politiker wollen und müssen aber rasch Erfolge vorweisen. Daher wird lieber in Beton als in Köpfe investiert. Und dann sollten wir das Engagement der Stiftungen im Bildungssektor intensiver diskutieren. Meines Erachtens brauchte es unbedingt Standards für stiftungsfinanzierte Bildungsprojekte.

E&W: Sollen sich Schulen und Hochschulen also fern halten von Stiftungen?

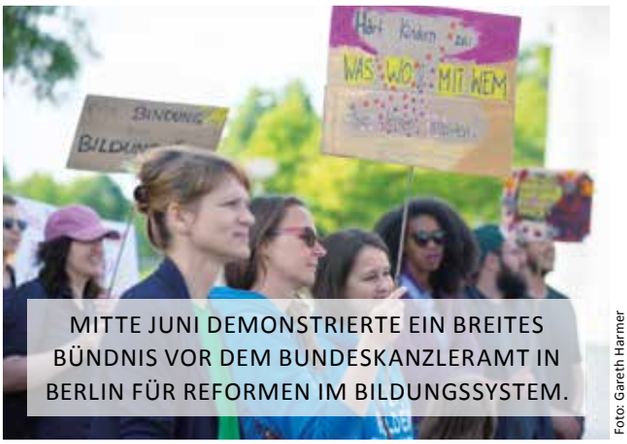
Engartner: Nicht grundsätzlich. Wenn ich mit der Stiftung des örtlichen Chemieunternehmens kooperiere, das mir Chemikalien für den Unterricht zur Verfügung stellt, ist das anders zu bewerten als wenn ich mit der Joachim Herz Stiftung zusammenarbeite, die mittels ökonomischer Bildung Weltanschauungen zu prägen versucht. Und klar ist auch, dass es redliche Stiftungen wie die Robert Bosch Stiftung oder die Hertie-Stiftung gibt, die keine unternehmerischen, sondern gesellschaftspolitische Interessen verfolgen, wenn sie sich etwa mit Projekten gegen Rechtspopulismus engagieren. ■

„WOFÜR ZAHLE ICH EIGENTLICH STEUERN?“

JEANNETTE GODDAR
freie Journalistin

Unter dem Motto „Bildungswende JETZT!“ fordert ein neues Bündnis aus 90 Bildungsorganisationen, Gewerkschaften, Eltern- und Schülervertretungen ein zukunftsfähiges Kita- und Schulsystem.

Vielfältig will es sein, das Bündnis „Bildungswende JETZT!“. Sein erster größerer Auftritt, der es nach Berlin führte, machte dem alle Ehre: Kita-Kinder, Schülerinnen und Schüler, Eltern, Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte trafen sich Mitte Juni vor dem Bundeskanzleramt. „Lasst uns mit allen von Bildung Betroffenen gemeinsam für eine Bildungswende kämpfen“, rief Philipp Dehne den rund 150 Versammelten zu. Mit seiner Initiative „Schule muss anders“ hat Dehne – der auch bei den Linken in Berlin-Neukölln aktiv ist – das breite Bündnis ins Leben gerufen. Auch die GEW gehört dazu. Das oberste Ziel beschrieb Dehne so: „Wir brauchen eine zukunftsfähige, gerechte, inklusive Bildung.“
Während der Kundgebung wurde eindrücklich dargelegt, wie weit eine solche entfernt ist: „Unsere Schule ist so marode, da wachsen Pflanzen rein“, berichtete ein Schüler. Eine Schülerin erzählte, dass an ihrer Schule ein halbes Jahr lang der Mathe-Unterricht ausfiel, eine Elternvertreterin, dass sie nebenbei den Hort renoviert: „Wofür zahle ich eigentlich Steuern?“ Turgut Hüner von der Föderation Türkischer Elternvereine machte deutlich: Die schlechten Bedingungen träfen alle, aber manche besonders schlimm: „Für uns als Migrantenselbstorganisationen ist wichtig, dass die Menschen hier Anschluss finden.“
Die GEW-Vorsitzende Maike Finnern stieß in ihrer Rede in dasselbe Horn: „Wir brauchen gleiche Chancen für alle“ – diese seien durch den Fachkräftemangel indes aber noch schlechter zu verwirklichen. Dem Slogan „Schule muss anders“ fügte Finnern hinzu: „… und die Arbeitsbedingungen an Kitas und Schulen müssen anders werden, damit wieder genug Leute in pädagogischen Berufen arbeiten wollen.“ Zum Abschluss der Kundgebung betonte Finnern eine weitere zentrale Forderung von „Bildungswende JETZT“: „Wir brauchen ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro als Startschuss und Anschub für eine bessere Infrastruktur – und dauerhaft 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung.“
Außerdem werden in dem Appell ein „echter Bildungsgipfel auf Augenhöhe“ und eine Ausbildungsoffensive für Lehrkräfte sowie Erzieherinnen und Erzieher vorgeschlagen. Gerichtet ist dieser an politisch Verantwortliche in Bund und Ländern: an die Kultusministerkonferenz, die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder, die Bundesregierung und den Bundestag. Der erste Schritt für einen Dialog wurde nach der Kundgebung gemacht: Die Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, Hendrik Wüst (CDU) und Stephan Weil (SPD), nahmen den Forderungskatalog entgegen. Nach der Sommerpause ist der nächste große Schritt geplant: ein bundesweiter Protesttag am 23. September. ■



MITTE JUNI DEMONSTRIERTE EIN BREITES BÜNDNIS VOR DEM BUNDESKANZLERAMT IN BERLIN FÜR REFORMEN IM BILDUNGSSYSTEM.

Foto: Gareth Harmer

Weitere Infos unter **gew.de/ew-7-8-23**

NUR KLEINE VERBESSERUNGEN

VERENA KERN
Co-Chefredakteurin von klimareporter° und freie Journalistin

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat einen Entwurf für eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) vorgelegt.

Allen zuhören, das Gesetz besser machen, für mehr Verlässlichkeit und Planbarkeit sorgen – diesen Anspruch wollten die Ampelparteien und das Bundesforschungsministerium mit der Reform des WissZeitVG einlösen. Doch die Mitte März vorgelegten Eckpunkte lösten einen regelrechten Proteststurm aus. Kritik kam nicht nur von Betroffenen und Gewerkschaften, sondern auch von Hunderten Professorinnen und Professoren.
Nur 51 Stunden später schickte das Ministerium die Vorschläge „zurück in die Montagehalle“ und lud zu einer weiteren großen Diskussionsrunde ein.
Die überarbeiteten Reformpläne hat Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) nun Anfang Juni präsentiert. Um im Bild zu bleiben: Sehr viel geschraubt wurde nicht. Eine Nachbesserung gab es nur bei der Postdoc-Höchstbefristung – dem Punkt, an dem sich der Protest entzündete.
Die Eckpunkte hatten nach der Promotion nur noch eine maximale Befristungsdauer von drei – statt bislang sechs – Jahren vorgesehen. Nun will das Ministerium ein neues 4+2-Modell einführen. Nach vier Jahren mit einem befristeten Arbeitsvertrag soll eine weitere Befristung nur mit Anschlusszusage möglich sein, also wenn die Postdocs danach eine entfristete Stelle erhalten. Wie bisher, das hatten die Eckpunkte schon vorgesehen, verlängert sich der Höchstbefristungszeitraum, wenn minderjährige Kinder zu betreuen sind, eine Behinderung oder chronische Erkrankung vorliegt. Auch wenn Angehörige gepflegt werden, soll dies künftig gelten.
Die Wissenschaftsorganisationen, also die Arbeitgeber, loben die Neuregelung als „sinnvollen Kompromiss“. Junge Forschende sehen das anders. „Der Druck wird erhöht“, kritisierte Amrei Bahr von #IchBinHanna. Die neuen Vorschläge seien eine „Scheinreform“, hieß es auf Twitter. Die besten Köpfe würden so nicht in Deutschland gehalten, sondern abwandern.

Kein gemeinsamer Ampel-Vorschlag, sondern nur Position der FDP

Kleine Verbesserungen gegenüber dem Ist-Zustand sehen aber auch die kritischen Stimmen. Wie schon im Eckpunktepapier festgehalten, soll es nun erstmals eine Untergrenze für die Laufzeit der Erstverträge geben – bei Promovierenden drei Jahre und nach der Promotion zwei Jahre. Für studentische Beschäftigte ist eine Mindestlaufzeit von einem Jahr geplant. Allerdings handelt es sich jeweils nur um Soll-Vorschriften. Die Tarifsperre soll nicht aufgehoben, aber gelockert werden. Für Drittmittelbeschäftigte ist in den ersten Jahren eine Gleichstellung vorgesehen und damit ebenfalls ein Anspruch auf Vertragsverlängerung bei Mutterschutz und Elternzeit.
Anders als die Eckpunkte ist der Referentenentwurf kein gemeinsamer Ampel-Vorschlag, sondern nur FDP-Position. Weiterer Streit ist vorprogrammiert. Der Entwurf muss nun mit den anderen Ressorts abgestimmt werden, auch mit den Ländern will Stark-Watzinger diskutieren. Nach der Sommerpause soll sich das Kabinett damit befassen, danach das Parlament. Im Frühjahr 2024 könnte das Gesetz im Bundestag beschlossen werden.

Foto: Kay Herschelmann

ANDREAS KELLER

GEW-Vorstandsmitglied Hochschule und Forschung

KOMMENTAR

REFORM MIT PFERDEFUSS

Der Referentenentwurf für ein neues Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) ist ein erster Schritt – nicht mehr.

Dauerstellen für Daueraufgaben" – der Slogan der GEW hatte es 2021 in den Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP geschafft. Die Ampelkoalition stellte eine Reform des WissZeitVG in Aussicht, um unter anderem die „Planbarkeit und Verbindlichkeit" für Postdocs „deutlich" zu erhöhen.

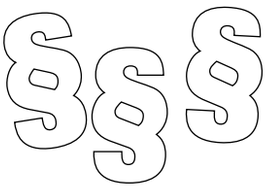
Aus gutem Grund: 84 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Universitäten werden mit einem Zeitvertrag abgespeist, 42 Prozent von ihnen mit einer Vertragslaufzeit von weniger als einem Jahr. Lange und steinige Karrierewege lassen sie bis ins fünfte Lebensjahrzehnt im Ungewissen, ob sie auf Dauer forschen und lehren dürfen oder aus dem System gekickt werden. Entsprechend groß waren die Erwartungen, als das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Juni 2023 endlich seinen Gesetzentwurf für eine WissZeitVG-Novelle präsentierte.

Punktsieg für die #IchBinHanna-Bewegung: Auch das BMBF kommt an dem im GEW-Gesetzentwurf für ein „Wissenschaftsentfristungsgesetz" formulierten Konzept einer Anschlusszusage für Postdocs nicht mehr vorbei. Der Pferdefuß: Die Zusage soll den Postdocs allenfalls dann winken, wenn sie nach der Promotion bereits eine vierjährige Durststrecke absolviert haben. Renitente Arbeitgeber könnten ihre Postdocs am Ende doch auf die Straße setzen oder mit befristeten Drittmittelverträgen hinhalten, statt ihnen eine verlässliche Entfristungsperspektive zu geben.

Kein Wunder, dass gegen den Gesetzentwurf nicht nur die GEW mit Tausenden an Hochschulen Beschäftigten vom 12. bis 16. Juni in der Aktionswoche Wissenschaft mobil machte, sondern auch SPD und Grüne die Zustimmung verweigerten. Damit öffnet sich ein Gelegenheitsfenster, den Gesetzentwurf gründlich gegen den Strich zu bürsten, bevor er den Bundestag passiert. Dabei geht es nicht nur um planbare Karrierewege, sondern auch um einklagbare Mindestvertragslaufzeiten, einen verbindlichen Nachteilsausgleich, eine Absicherung der studentischen Beschäftigten und eine Streichung der unsäglichen Tarifsperre – ohne Wenn und Aber: Gewerkschaften und Arbeitgeber müssen endlich die Chance bekommen, sachgerechte Befristungsregelungen selbst auszuhandeln.

Gute Argumente allein werden nicht helfen – die haben wir zuhauf. Wir müssen jetzt den Druck auf Regierung und Parlament erhöhen, damit die Reform am Ende keine Verschlimmbesserung wird, sondern für Dauerstellen für Daueraufgaben sorgt.

JA ZUM ANLIEGEN, NEIN ZUR METHODE



ESTHER GEISSLINGER
freie Journalistin

Mit einer Änderung des Bundesdisziplinargesetzes will Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) es Behörden erleichtern, „Verfassungsfeinde schneller aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen“. Gewerkschaften teilen das Ziel, sehen aber juristische und rechtsstaatliche Probleme.

Da verspottet ein Richter die Erinnerung an den Holocaust, ein Polizist teilt online rechtsextreme Symbole – und der Staat tut sich schwer im Umgang mit solchen Fällen. Es verwundere schon, wie lange sich Menschen im Staatsdienst verfassungsfeindlich äußern könnten, bis etwas passiere, sagt die GEW-Vorsitzende Maike Finnern. Daher ein klares „Ja“ zum Anliegen der Bundesinnenministerin, aber ein „Nein“ zur Methode: „Es ist höchste Zeit zu handeln – allerdings nicht durch Maßnahmen, die zutiefst undemokratisch sind und rechtsstaatliche Prinzipien aushöhlen.“

Faeser will erreichen, dass „jeder Extremismusfall klare Konsequenzen haben muss“. Dazu sollten „die rechtlichen Instrumente nachgeschärft“ werden, hatte die Ministerin bereits 2022 angekündigt. Ihr Entwurf, den das Kabinett im Februar gebilligt hat und der im Mai im Bundestag in erster Lesung debattiert wurde, sieht vor, dass Vorgesetzte ihre Untergebenen per Disziplinarverfügung entlassen dürfen. Sollte das Gesetz unverändert den Bundestag passieren, könnten sich Betroffene nur im Nachhinein juristisch gegen eine Entlassung wehren.

Rechtsstaatliche Prinzipien
werden über Bord geworfen.

Eben daran stören sich die Gewerkschaften. „Das Prozessrisiko wird auf die Beamt*innen verlagert und legt ihnen für die Zeit bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung über ihre Klage wirtschaftliche und soziale Unsicherheiten und Nachteile auf“, heißt es in einer Stellungnahme der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Daher reiche der nachträgliche Rechtsschutz nicht. Darüber hinaus genüge die Disziplinarverfügung nicht den Anforderungen an ein unparteiliches und die Fairness sicherndes Verfahren. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) kritisiert, dass „rechtsstaatliche Prinzipien über Bord geworfen werden“. Der DGB will Behörden stärken, um verfassungsfeindliche Ideen von vornherein zu unterbinden,

DIE BUNDESREGIERUNG WILL DAS DISZIPLINARRECHT FÜR BEAMTINNEN UND BEAMTE VERSCHÄRFEN, UM RECHTE VERFASSUNGSFEINDE LEICHTER AUS DEM STAATSDIENST ENTFERNEN ZU KÖNNEN.

Foto: IMAGO/Steinach · zplusz

und setzt dabei auf Erinnerungskultur und politische Bildung. Dienstherren müssten ihre Aus- und Fortbildungsprogramme erweitern und Bildungs- sowie Sonderurlaub wieder öfter genehmigen, schlägt der Gewerkschaftsbund vor. Um Verfahren zu beschleunigen, sollten unter anderem Disziplinarkammern personell verstärkt und solche Fälle bei Gerichten vorrangig behandelt werden.
Dass Verfahren beschleunigt werden, begrüßen alle Gewerkschaften: „Wir möchten keine Extremisten in unseren Reihen haben“, schreibt der für Bundespolizei und Zoll zuständige Bezirk der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Doch die GdP bemängelt, dass „der Gesetzentwurf deutlich über das Ahnden extremistischer Handlungen hinausgeht“, also auch auf Fälle angewendet werden könnte, in denen es um allgemeines Verhalten geht. Zudem sei es schwierig, wenn juristische Laien über statusrelevante Strafen urteilen.

Erinnerungen an den „Radikalenerlass“ von 1972 werden wach.

In einer „unseligen Tradition“ sieht Joachim Sohns von der niedersächsischen Initiative gegen Berufsverbote das Projekt der Innenministerin: Die Beweislastumkehr bei Entlassungen tauchte bereits im „Radikalenerlass“ von 1972 auf. Auch damals verfolgte der Staat den „Zweck, politisch nicht genehme Personen per Behördenentscheidung aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen oder nicht einzustellen, ohne die Verpflichtung, gerichtsverwertbare Vorwürfe vorzulegen“, sagt Sohns. Bereits der Zweifel an der Gesinnung von Beschäftigten oder Bewerberinnen und Bewerbern für den öffentlichen Dienst reichte damals aus – einen Beweis für verfassungswidriges Handeln musste die Behörde nicht antreten.
Eben diese Unklarheit berge Gefahren, sagt GEW-Mitglied Sohns. Er befürchtet, dass „zukünftige Regierungen mit anderen politischen Zielsetzungen das Verfahren dazu nutzen, sich mit eigenen Deutungen des ungeklärten Begriffs ‚Extremismus‘ unliebsamer Beamtinnen und Beamten zu entledigen“.
Damit könnte sich ein solcher Verdacht am Ende auch „gegen radikale Klimaschützerinnen oder Antifaschisten richten“, warnt Sohns. „Politisch aktive Menschen müssten wieder die Befürchtung haben, Nachteile im öffentlichen Dienst zu riskieren. Das würde angepasstes Verhalten befördern – gerade das Gegenteil des Engagements, das gegen Umtriebe von Nazis erforderlich ist.“
Aktuell befasst sich der Bundestag mit dem Gesetzentwurf. Käme die Neuregelung wie geplant, würde sie zunächst nur für die Beamtinnen und Beamten des Bundes gelten. Doch die Länder würden sehr genau hinschauen und könnten nachziehen, befürchtet GEW-Vorsitzende Finnern. ■

DURCH GESPRÄCHE MIT LOKALEN DORFVORSTEHERN UND ELTERN HABEN ES ENGAGIERTE LEHRKRÄFTE GESCHAFFT, VIELE KINDER WIEDER ZURÜCK AN DIE SCHULEN ZU BRINGEN.

Foto: Samuel Grumiau

NICHT VERLOREN

MARTINA HAHN
freie Journalistin

In Malawi arbeitet fast die Hälfte aller Fünf- bis 14-Jährigen auf Feldern, in der Fischerei oder in fremden Haushalten, statt in der Schule zu lernen. Ein fair-childhood-Projekt zeigt, wie Kinder und Jugendliche wieder in den Unterricht zurückfinden.

Manchmal passen schlechte und gute Nachrichten in einen einzigen Artikelabsatz. So auch wenn es darum geht, wie viele Mädchen und Jungen in Malawi, einem der ärmsten Länder auf dem afrikanischen Kontinent, eine Schule besuchen: Sechs von zehn Kinder beenden die Grundschule nicht, sind also sogenannte Dropouts, hat die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Jahr 2019 errechnet – also noch vor der Corona-Pandemie, als auch in Malawi sämtliche Schulen für Monate ihre Türen schlossen. Nach dem Lockdown würden noch mehr Kinder dem Unterricht fernbleiben, stellte die UNESCO fest. Doch es geht auch anders, etwa in der ländlichen Region rund um die Stadt Dowa im Westen des gebirgigen und trockenen Landes. Dort haben es engagierte Lehrkräfte der beiden malawischen Gewerkschaften Teachers' Union of Malawi (TUM) und Private Schools Employees Union of Malawi (PSEUM) zwischen Sommer 2021 und Sommer 2022 geschafft, 1.071 der rund 1.600 Kinderarbeiter zurück an die Schulen zu bringen. Unterstützt wurden die Lehrkräfte von der Bildungsinternationale (BI) und der GEW-Stiftung fair childhood.

Die Lehrerinnen und Lehrer gingen in alle Dörfer, von Haus zu Haus. Sie sprachen mit Eltern und den lokalen Chiefs, den Ortsvorstehern und Dorfältesten, über Kinderrechte, das Recht auf Bildung und die Verantwortung der Eltern, Familien, der ganzen Gesellschaft. Sie boten Nachhilfeunterricht für die ehemaligen Kinderarbeiter an, damit diese den versäumten Stoff

nacharbeiten und aufholen konnten. Sie stellten mit den Chiefs Regeln und Deadlines auf: Eltern, die ihr Kind nicht bis zu einem bestimmten Tag in die Schule schicken, müssen nun in manchen Dörfern eine Strafe von umgerechnet drei bis zehn Euro an die Gemeinschaft zahlen. In anderen werden sie von Dorfprogrammen ausgeschlossen, etwa der Vergabe von Gemeindekrediten oder dem gemeinsamen Kauf von Dünger. Vor allem aber gelang es den Lehrerinnen und Lehrern der beiden Gewerkschaften, Väter, Mütter und Großeltern dafür zu sensibilisieren, dass Bildung für die Kinder der einzige Weg aus der Armut ist. Gerade einmal umgerechnet 500 Euro im Jahr beträgt der Durchschnittsverdienst in dem 21 Millionen Einwohner zählenden Land.

> *Fehlende Schulen und Kinderarbeit – das hängt auf jeden Fall zusammen.*
>
> SAMUEL GRUMIAU, BILDUNGSINTERNATIONALE

Von der kinderarbeitsfreien Zone rund um Dowa profitieren rund 11.300 Kinder im Schulalter; sie umfasst 15 Schulen. Heute besuchen in vier von fünf Schulen dieser Zone fast alle schulpflichtigen Jungen und Mädchen den Unterricht. Es sei jedoch nicht immer leicht, die Eltern zu überzeugen, ihre Kinder zur Schule zu schicken, sagt Samuel Grumiau von der BI, der das Projekt im November des vergangenen Jahres evaluiert hat. Viele Väter und Mütter sehen keinen Sinn darin, dass ihr Kind die Primary School – diese geht in Malawi bis zur 8. Klasse – beendet. Denn weiterführende Schulen sind rar im Land. „Dieser Mangel an höheren Schulen nimmt vielen Schülerinnen und Schülern die Motivation, einen Abschluss zu machen“, sagt Grumiau. Obwohl sie einen solchen vorweisen konnten, bekamen 2022 nur 40 Prozent aller Schulabgängerinnen und -abgänger einen Platz in einer Secondary School. Auf eine private Schule zu wechseln, können sich die wenigsten leisten. Und so suchen viele Minderjährige, die durch dieses Raster fallen, einen Job auf den Feldern, in der Fischerei, als Hausangestellte. Grumiau: „Fehlende Schulen und Kinderarbeit – das hängt auf jeden Fall zusammen.“ ■

Kindern eine Kindheit geben

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood*.
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.gew.de/internationales/fair-childhood
fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

Ja, ich möchte mehr Informationen *fair childhood*. Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

E&W 07-08/2023

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

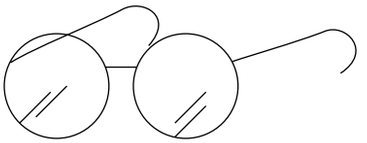
Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

MITGLIEDERFORUM



WESTLICHE SANKTIONEN SCHADEN UNS

(E&W 4/2023, SEITE 12 FF.: „DIGITALE FRIEDENSPÄDAGOGIK IN KRISENZEITEN“)

In großen, fetten, roten Buchstaben verbreitet die E&W in diesem Artikel die Information, dass „Russland … gezielt an der systematischen Verbreitung von Desinformation – auch in Deutschland – (arbeitet), …“. In dem Beitrag wird aber nicht ein einziges Beispiel genannt. Das ist genau der Grund, warum die Menschen sich von den etablierten Medien abwenden. […]
Unsere Lebenskrise aufgrund der Inflation ist ernst, und ich erwarte zumindest von einer Gewerkschaftszeitung, dass sie die Wahrheit darüber schreibt, warum wir alle darunter leiden: Die westlichen Sanktionen schaden uns – und nicht Russland!!! Diese inhaltsleeren Artikel sind eine Beleidigung für unsere Intelligenz.
Daniel Jess, Berlin

ES FEHLT AN KAPAZITÄTEN

(E&W 5/2023, SEITE 10 F.: „MÄNGELVERWALTUNG UND DEPROFESSIONALISIERUNG“)

Im Artikel heißt es, dass die Länderministerien auf E&W-Anfrage mitteilten, dass sie sich um mehr Sportlehrkräfte bemühen wollen. Laut Beitrag teilte das Schulministerium in Nordrhein-Westfalen mit: „Sportunterricht wird im Bedarfsfall durch Vertretungslehrkräfte sowie weiteres geeignetes Personal … erteilt.“
Natürlich ist der Fachlehrer*innen-Mangel ein inakzeptables Problem. Wenn in ganzen Jahrgängen gar kein Sportunterricht stattfindet, wie es an meiner Schule mal der Fall war, ist es aber immer noch besser, den Sportunterricht durch fachfremdes Personal erteilen zu lassen als gar keinen Unterricht anzubieten. Das habe ich eine Weile getan. Um mich qualifiziert fortzubilden, fragte ich nach einem Zertifikatskurs. Die Antwort in allen Verwaltungsebenen war, dass für Sek-I-Lehrer*innen auf absehbare Zeit kein Zertifikatskurs angeboten werden könne, da es erstens an Interessenten fehle und zweitens niemand diesen Kurs anbieten könne, der natürlich professionell geplant und vorbereitet sein will. Es fehlen also – nur für Sek I – Kapazitäten und angeblich auch Interessierte.
[…] Übrigens wurde mir weiterer fachfremder Sportunterricht untersagt, da nur Lehrkräfte mit Fakultas, Qualifikationserweiterung oder in/mit anerkannten Qualifizierungsmaßnahmen diesen unterrichten dürften.
Tiemo Hoffstadt, Lindlar

HÖHERE LÖHNE SCHAFFEN WACHSTUM

(E&W 5/2023, SEITE 22 FF.: „SPÜRBAR MEHR GELD“)

Inzwischen bewegt sich einiges. Das zeigen die aktuellen Gehaltssteigerungen für Erzieherinnen, Postboten und bald wohl auch für Bahnmitarbeiter von über 10 Prozent sowie Einmalzahlungen – steuer- und sozialabgabenfrei. Natürlich ist es auch die für deutsche Verhältnisse hohe Inflation, die dafür sorgt. Besonders dort gelingen hohe Abschlüsse, wo der Organisationsgrad einer DGB-Gewerkschaft hoch ist.

Die Arbeitgeber sind aber auch so „freigiebig“, damit das Personal nicht abhaut. […] Der Mangel an Arbeitskräften verleiht den Beschäftigten die Macht, höhere Gehaltssteigerungen auszuhandeln.
Stärkere Gehaltssteigerungen in den kommenden Jahren wären erstmal ein Aufholen. Im Vergleich zu den Kapitalerträgen ist der Anteil der Gehälter am Volkseinkommen ab 1980 zeitweise drastisch geschrumpft. […]
Wenn künftig gerade Magerlohnbranchen besser bezahlen, spart der Staat Geld, denn er stockt Miniverdienste mit Sozialleistungen auf. Eine bessere Bezahlung in diesen Branchen wird zudem die Kluft zwischen Arm und Reich reduzieren.
Stärkere Lohnsteigerungen machen die Bundesrepublik resilienter. Schwankungen der Weltkonjunktur können ihr dann weniger anhaben. Denn die Lohnsteigerungen kurbeln den Konsum im Land an und schaffen Wachstum. […]
Ulrich Bald, Hagen

*INFLATIONSAUSGLEICH FÜR RENTNER*INNEN?*

Die Tarifergebnisse der vergangenen Monate und insbesondere das Tarifergebnis im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen beinhalteten neben prozentualen Erhöhungen auch Inflationsausgleichszahlungen von bis zu 3.000 Euro. Wann und in welcher Höhe erhalten Rentner*innen einen Ausgleich für die stark gestiegenen Miet-, Nahrungsmittel- und Energiepreise? Die bisherigen Rentenerhöhungen im Westen (2021: 0 Prozent, 2022: 5,35 Prozent und 2023: 4,39 Prozent) blieben bisher weit hinter der Inflationsrate zurück und lassen keine Ausgleichszahlungen erkennen. Ich wünsche mir, dass die GEW ihren im Ruhestand befindlichen Mitgliedern transparent erläutert, wann und in welcher Höhe auch sie mit besonderen Entlastungen rechnen können.
Rudolf Aelker, Hage

IRREFÜHREND UND UNPROFESSIONELL

(E&W 5/2023, SEITE 32 F.: „GESCHICHTE MUSS DORT UNTERRICHTET WERDEN, WO SIE PASSIERT IST“)

Die Artikelüberschrift ist ausgesprochen irreführend. Als hätte sich die NS-Diktatur in den Konzentrations- und Vernichtungslagern wie in der Diaspora befunden und verschanzt. Die NS-Gewaltherrschaft, der Staatsterror, war in aller Öffentlichkeit, vor den Augen aller, mitten in der Gesellschaft anzuschauen. Deshalb muss das Gedenken an die Opfer und die Verfolgten auch primär in aller Öffentlichkeit – vor den Augen aller – stattfinden. In meiner Heimatstadt Hamburg zum Beispiel wurde in bester Stadtlage – im Stadthaus – von Polizei und Gestapo gemeinschaftlich gemordet. […] Der Autor und die E&W-Redaktion haben eine Bringschuld, darauf hinzuweisen, dass der Staatsterror in aller Öffentlichkeit stattfand.
Der Text des Beitrags selber ist zumindest an einer Stelle äußerst (gelinde gesagt) unprofessionell: Der Autor schreibt, dass „das 1941 errichtete Arbeitslager Natzweiler-Struthof Teil des NS-Systems (war), das die absichtliche oder billigend in Kauf genommene Tötung von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern sowie Häftlingen in den Konzentrationslagern durch übermäßige Schwerstarbeit und mangelhafte Versorgung zum Ziel hatte“. Was ist das für ein Unfug. Die Lager wurden extra errichtet, um die Insassen zu vernichten!
Natürlich ist es wertvoll, wenn Jugendliche – und nicht nur Jugendliche – in die Gedenkstätten gehen. […]
Aber: Diese Erfahrung muss in die Mitte der Gesellschaft mit der lauten Mahnung „Nie wieder!“ hineingetragen werden. […]
Harry Friebel, Hamburg

LASSEN SIE DIE KINDER DAMIT IN RUHE!

(E&W 5/2023, SEITE 39 FF.: „MIT WACHSMALKREIDE, KNETE UND VIDEOKAMERA“)

Selten habe ich mich über einen Artikel so geärgert wie über diesen. Ich bin empört über das große Bild auf Seite 40 von einem Zweijährigen, dem man eines der neuen elektronischen Medien vorgelegt hat, um zu zeigen, dass diese Altersgruppe „in der Lage sei, mit einem Smartphone oder Tablet umzugehen“. Ich könnte laut rufen: „Lassen Sie doch diese kleinen Kinder mit solchen Dingen in Ruhe!“ […] Die Nutzung elektronischer Medien jeglicher Art setzt Stillsitzen und längeres Schweigen voraus und hemmt die Umsetzung eigener Ideen, die so wichtig sind für die gesamte kognitive Entwicklung eines Kindes. […]
Was es nicht braucht, sind Bezugspersonen, die zu

>>>

>>> Hause, auf dem Spielplatz oder beim Spazierengehen dem Smartphone mehr Aufmerksamkeit schenken als dem eigenen Kind. Ganz bestimmt braucht es in der Krippe (!) auch keinen „Medienvormittag“, um die Verbindung von Kamera und Beamer zu verstehen. Hoffentlich bleiben Erzieherinnen – und auch die Eltern! – noch lange bei ihrer skeptischen Haltung! Muss man denn in einer solchen Zeitschrift in dieser Weise dem Medienkonsum der Kinder Vorschub leisten? Kinderschutzbund und Erziehungsberatungsstellen können ein (trauriges) Lied davon singen, wie oft sie von verzweifelten Eltern wegen gravierender Mediensucht ihrer Kinder aufgesucht werden. […]

Lisbeth Geisler, Wiesbaden

ERFAHRUNG DER „ALTEN“ NICHT MEHR GEFRAGT?

(E&W 5/2023, MITGLIEDERFORUM SEITE 46: „UNVERANTWORTLICH“)

[…] Die Leserzuschrift von Ulrich Bald lässt mir keine Ruhe. Leider habe ich den Artikel „Hausaufgaben sind tot“, auf den er sich bezieht, nicht gelesen.
Ich stimme dem Leser in allem zu, möchte aber betonen, dass Hausaufgaben nicht erteilt werden sollten, um die Kinder vom Fernseher, Computer, von der Straße … zu holen. Das wird auch mit kontrollierbaren Hausaufgaben nicht gelingen.
[…] In meiner wunderbar fundierten, methodischen Ausbildung am Institut für Lehrerbildung habe ich gelernt, dass neu erworbenes Wissen in zuerst kurzen, dann immer größer werdenden Abständen wiederholt werden muss, damit es gesichert wird. Diese Wiederholung muss geplant und die Hausaufgaben in diese einbezogen werden.
Ich habe den Eindruck, dass hirngerechtes Lernen in der Lehrerausbildung gar keine Rolle mehr spielt und das führt mit vielen weiteren Mängeln, vor allem im Anfangsunterricht zu den bekannten Problemen unserer Kinder.
Als Pensionärin ist mir sehr daran gelegen, meine Erfahrungen und mein Wissen weiterzugeben. Das tue ich in der Unterstützung von QuereinsteigerInnen als Patin oder in Seminaren. Ich habe aber den Eindruck, dass die Erfahrungen der „Alten“ eigentlich gar nicht interessieren, sonst würde man doch mal fragen, was in unserer Ausbildung anders und besser war, so dass die Kinder, die wir unterrichteten, bessere Leistungen erzielten.

Karin Fritsche, Berlin

SCHARFE KRITIK IST NOTWENDIG

(E&W 5/2023, MITGLIEDERFORUM SEITE 46 F.: „VERBALER UNSINN“)

Leserbriefschreiber Bernd Hundertmark hat Recht! Gegen islamischen, christlichen oder sonstigen Aberglauben zu sein, hat nichts mit Rassismus zu tun, aber viel mit Aberglaubenskritik. Zum islamisch-christlichen Aberglaubensunfug bekennen sich Weiße, Schwarze, Gelbe.
Die meisten Anhänger findet der antisemitische Islam nicht in seinem Ursprungsgebiet Arabien, sondern im undemokratischen Indonesien. Vernunftbasierte Kritik am Islam und anderen frauen-, menschen- und vernunftfeindlichen Aberglaubensgemeinschaften bedeutet somit keinesfalls Rassismus, sondern argumentative Aufklärung, die hoffentlich bald dazu führt, abergläubischen Religionsunfug auf den Müll mittelalterlich-steinzeitlicher Epochen zu werfen.
Sektiererische Theologie und konfessioneller Religionsunterricht haben an Schulen und Universitäten nichts zu suchen. Stattdessen ist dort scharfe Kritik an Theologie und Religion zu lehren und zu üben, um den geistigen Verirrungen der Menschen entgegenzuwirken.

Hartmut Wagner, Schwerte

CHANCE VERTAN

(E&W 5/2023, SEITE 6 FF.: SCHWERPUNKT „SPORTUNTERRICHT – WAS MUSS SICH ÄNDERN?“)

Auf diese Fragestellung erhofften sich viele Kolleg:innen endlich Antworten und/oder konkrete Hinweise, wie denn erforderliche Änderungen erzielt werden können. Diese Erwartungshaltung war insofern nicht ganz einfach einzulösen, als hier neben Beiträgen für das Unterrichtsfach Sport (die äußerst komplexe und letztlich unfruchtbare Notengebung) auch andere wie materielle Aspekte (Sportstätten und Bädersituation) und sportliche Angebote im Ganztagsschulbetrieb unverbunden aufgerufen wurden. Rein quantitativ bildeten mehr Beiträge für den Schulsport als für den Sportunterricht

somit nicht den Kern des Titels. Das Ergebnis ist dann auch eher unbefriedigend.
Die einzelnen Aspekte wurden von freien Journalist:innen in Gesprächen mit sehr unterschiedlichen Expert:innen erörtert. Sämtliche Autor:innen mögen gute Artikel schreiben, fachlich haben sie sehr eng recherchiert. Diese Episoden geben zwar einen Überblick, lassen allerdings einen gewissen gewerkschaftlichen Hintergrund mit einiger fachlicher Expertise in Tiefe und Zielrichtung vermissen. Diesen Mangel können dann auch nicht die eingestreuten Statements des Vorsitzenden der GEW-Sportkommission, Ole Stratmann, beheben.
Aus der Sicht der Sportkommission ist eine große Chance vertan worden – die Leser:innen des „Sportteils" der E&W hätten fachlich-journalistische und gewerkschaftlich-ausgewogene Beiträge verdient.
Heidi Scheffel, Köln
Norbert Baumann, Hamburg
Adolf Stolze, Hamburg

UNVERSTÄNDLICHE SCHWERPUNKTSETZUNG

(E&W 6/2023, SEITE 6 FF.: SCHWERPUNKT „QUEER IN DER BILDUNG")

Die Schwerpunktsetzung der E&W ist für mich nicht so recht nachvollziehbar. So hatten die jüngsten Ausgaben „Queer in der Bildung", den „Sportunterricht" und „Verschwörungstheorien" als Schwerpunkt. Das sind – mit Verlaub – doch Bereiche, von denen nur einige Minderheiten betroffen sind.
Wo bleibt die Auseinandersetzung mit den verheerenden Auswirkungen der politischen Maßnahmen der vergangenen drei Jahre im Rahmen der sogenannten Pandemiepolitik, von der fast alle Kinder und Jugendlichen betroffen waren. Lockdowns, erzwungene Kontakteinschränkungen zu Familienmitgliedern, Freunden und Mitschülern und „Home Schooling" in Verbindung mit „Angstkampagnen" haben die psychische Belastung der Jugendlichen und die Rahmenbedingungen des Bildungswesens enorm negativ beeinflusst. Ich vermisse eine kritische Aufarbeitung.
Auch die wachsende Kriegsgefahr „aus dem Ukrainekonflikt" könnte aus naheliegenden Gründen mal näher beleuchtet werden, auch wenn sie nicht nur für Kinder und Jugendliche von Bedeutung ist. Aber „die Machtkämpfe alter Männer" betreffen nun mal vor allem die Zukunft der Jugend.
Dieter Isensee, Berlin

UNRECHT ZUR SPRACHE BRINGEN

(E&W 6/2023, MITGLIEDERFORUM SEITE 43: „FRUSTRIERTE LEHRKRÄFTE")

Ich habe in Hessen das gleiche Problem wie Leserbriefschreiber Matthias Houdek und frage mich schon seit einiger Zeit, auf welcher rechtlichen Grundlage ich bei einer Umgruppierung in der Erfahrungsstufe zurückgesetzt werde! Meiner Meinung nach muss die GEW hier ansetzen und dieses Unrecht für uns zur Sprache bringen. Nur weil ich fälschlicherweise in eine zu niedrige Tarifgruppe eingestuft wurde, können die Erfahrungsjahre dort nicht wegfallen, sondern müssen der richtigen Tarifgruppe zugeordnet werden. Für die meisten Älteren, die kurz vor einem Tarifsprung im alten System stehen, lohnt eine Höhergruppierung nicht. Wertschätzung sieht anders aus, aber es ist vor allem keine Gleichbehandlung!
Julia Loebel, Eiterfeld

Anm. d. Red.: Im Tarifvertrag mit dem Land Hessen (TV-H) haben die Gewerkschaften bereits 2019 die stufengleiche Höhergruppierung erreicht. Die Zuordnung des Grundschullehramts nach A13/E13 in fast allen Bundesländern ist ein Erfolg der GEW. Über die genaue Umsetzung in Hessen wird die GEW noch mit dem Land verhandeln und dabei das Ziel verfolgen, dass bei der Überleitung auch die Stufenlaufzeit mitgenommen wird.

EINSATZ VON HUNDEN BITTE MIT BEDACHT

(E&W 6/2023, SEITE 36 F.: „HUND UND MENSCH MÜSSEN EIN GUTES TEAM SEIN")

Der Einsatz von Schulhunden – ein Beitrag zur Inklusion und/oder zur Exklusion? Themen wie Inklusion und Diversität, der es mit Sensibilität zu begegnen gilt, sind in unserer Bildungslandschaft wichtig und allgegenwärtig. Zugleich werden offenbar zunehmend Schulhunde >>>

>>> ins öffentliche Bildungssystem eingebunden. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass für einige Menschen, deren Sozialisation vom islamischen Kulturkreis mitgeprägt ist, Hunde und insbesondere deren Speichel als unrein gelten. Gehen wir mit Schulhunden nicht das Risiko ein, exklusiv zu handeln und neue Barrieren zu schaffen? Mir wäre wichtig, dass dieser Aspekt mit bedacht, diskutiert und abgewogen wird, bevor Schulhunde eingesetzt werden.

Katja Stolle-Spies, St. Wendel

NICHT GERECHTFERTIGTE UNTERSTELLUNG

(E&W 6/2023, MITGLIEDERFORUM SEITE 45 F.: „RUSSISCHE PROPAGANDA“)

Der Leserbriefschreiber Arnold Zech-Gudra unterstellt Leserbriefschreiber Horst Koop, russische Propaganda zu betreiben. Dabei hat dieser nur auf die Spezifität der Beziehungen zwischen Ukrainern und Russen und den Russenhass, der allenthalben von Medien und Politikern betrieben wird, hingewiesen. Auch die Frage „Wer kämpft gegen wen?“ ist berechtigt, denn die Fakten, angefangen von der Osterweiterung der NATO, dem Maidan-Putsch, der regierungsamtlichen Diskriminierung der Russen, dem opferreichen Bürgerkrieg im Donbass, sprechen dafür, dass dies ein Stellvertreterkrieg USA – Russland um die Frage uni- oder multipolare Welt ist. Wenn man das ideologiebeladen alles nicht zur Kenntnis nehmen will und sich nicht in die Interessenwelt anderer Völker hineinversetzen kann, dann denkt man, dass die Welt, so wie sie ist, in Ordnung ist. Das schreibt einer, der sowohl Russland als auch die Ukraine kennt, ihre Sprache spricht und Krieg verabscheut, weil er ihn als Kind erleben musste.

Rainer Stüllein, Langenwetzendorf

KEIN ÖL INS FEUER GIESSEN

(E&W 6/2023, MITGLIEDERFORUM SEITE 45 FF.: „RUSSISCHE PROPAGANDA“ UND „ES GIBT KEINE UNEINDEUTIGKEITEN“)

Als Russist bin ich an Kultur, Geschichte und Schicksal von Groß-, Klein- und Weißrussen gleichermaßen interessiert und pflege auch in der jetzigen Situation mitfühlend enge Kontakte zu einer russischen wie auch zu einer überwiegend ukrainischen Familie. Ich würde mir aber nicht herausnehmen wollen, als Außenstehender für die einen oder die anderen Partei zu ergreifen. Es würde nur bedeuten, Öl ins Feuer zu gießen. Mit dem Geschrei nach Waffen – für einen, der slavische Mentalität kennt, total kontraproduktiv – setzen wir uns allzu leicht dem Verdacht aus, gerade gegen diese Menschen begangene eigene Gräueltaten vergessen lassen zu wollen. […]

Trotz der Mahnung des von allen sehr verehrten Michail Gorbatschow, letzter Staatspräsident der Sowjetunion, kurz vor seinem Tode: „Bedenken Sie, wohin es führt … alte Feindbilder wiederzubeleben“, hat nun gerade die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) Russland zu einem Feindstaat erklärt. Familiäre und über einige Jahrzehnte gewachsene freundschaftliche Beziehungen wird das hoffentlich nicht beeinträchtigen. Schülerreisen in Hamburgs Partnerstadt St. Petersburg finden zurzeit aber nicht mehr statt.

Horst Koop, Hamburg

Anm. d. Red.: Die Redaktion hat zum Thema Ukraine-Krieg in den vergangenen Monaten zahlreiche Zuschriften von Leserinnen und Lesern erhalten und veröffentlicht. Viele dieser Schreiben bezogen sich nicht nur auf Artikel, die in der E&W erschienen sind, sondern auch auf Briefe anderer Leserinnen und Leser. Dadurch ist eine zum Teil sehr lebhafte Debatte zu den Gründen, der Vorgeschichte und den Folgen des Krieges entstanden. Mittlerweile sind aber unseres Erachtens alle Argumente ausgetauscht. Wir schließen daher dieses Thema mit der Veröffentlichung der vorstehenden beiden Zuschriften ab.

Kontakt

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de

Beiträge im Mitgliederforum spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider. Die Redaktion bittet darum, die Leserinnen- und Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 1.200 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen. Anonym zugesandte Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

ERFOLG DER GEW

Mehr als 100.000 Unterschriften gegen den Lehrkräftemangel

Allen Versprechungen der Länder zum Trotz ist das Problem des Lehrkräftemangels nach wie vor nicht gelöst. Sollte es zu keiner Trendumkehr kommen, könnten in den kommenden Jahren über 80.000 Lehrkräfte in Deutschland fehlen. Zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels hat die GEW ein 15-Punkte-Programm veröffentlicht und im April zusammen mit dem Verein Campact eine Petition gestartet („Wir brauchen Lehrer*innen! Personalnot jetzt bekämpfen“). Die Petition haben mittlerweile 109.000 Menschen unterzeichnet (Stand: 22. Juni 2023) – und es werden täglich mehr. Sei auch Du/seien auch Sie dabei!
Die GEW wird die Petition im September beim nächsten Treffen der Kultusministerkonferenz den verantwortlichen Ministerinnen und Ministern der Länder übergeben.

Hier kann die Petition unterzeichnet werden: **www.gew.de/gew-petition**

Fähiger Handwerker für Ihre Bildungseinrichtung
- bietet gut sortierte Werkstatt zum Werkunterricht
- ist Lernbegleiter als Bindeglied zwischen Theorie und Praxis
- und u.a. durch Repair-Bar zum „Reuse“ oder „Upcycling“ bei der materiellen Ausgestaltung Ihrer Projekthemen sehr hilfreich.

Näheres gern in einem persönlichen Gespräch!
f.lienau@lienau.team

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung. Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

Ihre Anzeige in der E&W:
Tel. 0201/84300-0
anzeigen@stamm.de

www.schulorganisation.com
Dokumentation
Organisation
Rechtssicherheit
✆ 02521 29905-10
FL SCHULORGANISATION Verlage Flöttmann & Langenkämper

Die Quintenzirkeluhr
und viele Lehrmittel. **5% Rabatt** erhalten als E&W-Leser*in mit dem Rabattcode: **EW23**
www.**UvdS-Design**.com
webshop.uvds-design.com

ROCKET EDU
DER ORBIT
Mobile Schreibunterlage für flexible Lernlandschaften
www.rocket-edu.de

Auf die Plätze, fertig, Wasser!
Jetzt organisieren!
www.arche-nova.org/spendenlauf
Checkliste zum Runterladen
Spendenlauf an Ihrer Schule mit **arche noVa** für **Wasserprojekte weltweit!**
arche noVa
Initiative für Menschen in Not

Deutsche Umwelthilfe
© Hans-Jürgen Sessner
Blüten für die Wildbienen!
Bitte helfen Sie uns dabei:
www.duh.de/spenden/geschenk
07732 9995-0 | info@duh.de
umwelthilfe
DZI Spenden-Siegel

Hamburg
Schülertouren
St. Pauli, Speicherstadt, Hafenrundfahrt
kiezjungs@gmail.com, T: 040-27872891
www.kiezjungs.com

Beamtendarlehen - Beamtenkredit 10.000 € - 120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
Kostenfrei anrufen
0800 - 1000 500
öD-Beratung seit 1976
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
AK-Finanz.de
info@ak-finanz.de
Unser Tiefzins Echt sehr gut
Kredite umschulden!
AK FINANZ
AK-Finanz Kapitalvermittlungs GmbH, E3, 11 Planken, 68159 Mannheim, Tel: (0621) 178180-0

DIESMAL

ABER DAS KANNST DU NICHT!
Ki
Cartoon: Thomas Plaßmann
T. Plaßmann
DIALOG DER SYSTEME VII